Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 26. | **Sonnabend, den 31. Januar 1903.** | **10. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 29. Januar 1903.

Die Zollwucher- und Knebelmehrheit hat am Donnerstag ihren Häuptling Grafen Ballestrem aufs Neue auf den Präsidentenstuhl erhoben; ihr Syndikus, Eugen Richter, war in einer seltsamen Anwandlung von Schamgefühl dem Akte ferngeblieben; sein Gefolge stimmte dagegen für diesmal mit der Linken und protestirte gleich der Sozialdemokratie und der Vereinigung durch Abgabe weißer Zettel gegen die von der Mehrheit beliebte Entrüstung des Attentäters auf die verfassungsmäßig verbürgte Redefreiheit. Wie hat sich doch das Bild geändert, seitdem Zentrum und Linke im Frühling 1895 gemeinsam das Präsidium besetzten, während die alten Kartellparteien durch weiße Zettel ihren Mißwuth demonstrirten! Das alte Kartell und das Zentrum haben jetzt unter der Aegide des Zollwuchers und der Erdrosselung der Redefreiheit in der höheren Einheit des neuen Kartells sich zusammengefunden. — 195 Abgeordnete haben durch ihre Stimmabgabe für Ballestrem sich zu Mitschuldigen des Attentats auf die Redefreiheit gemacht. 89 Abgeordnete haben durch Abgabe weißer Zettel feierlichen Protest gegen dieses Attentat eingelegt; einer hat in Verkennung des bedeutsamen Moments sich den uralten „Witz“ geleistet, Ahlwardt zum Präsidenten der deutschen Volksvertretung zu „küren“ — eine kleine Abwechselung, etwa ein auf den Dreschgrafen lautender Stimmzettel — wäre amüsanter gewesen. — Graf Ballestrem, der zum erblichen Herrenhaus begnadete Attentäter und Pfui-Rufer, erschien erst später im Hause. Bezeichnender Weise bedankte er sich blos bei der Mehrheit, die ihn gewählt und die nota bene für sich allein nicht beschlußfähig ist. Es giebt keinen Reichstagspräsidenten mehr; es giebt nur noch einen Mehrheitspräsidenten. — Der weitere Theil der Donnerstagsitzung verlief ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle, aber keineswegs uninteressant. Ueber das Gesetz betr. Verbot der Phosphorzündwaaren-Fabrikation, das Graf Posadowsky nicht unwirksam begründete, scheint ziemliche Einmüthigkeit im Hause zu herrschen; die Rechte allerdings schwieg sich aus — sie hat für nichtagrarische Dinge kein Interesse — und die freisinnige Volkspartei, vertreten durch Eugens speziellen Intimus Wiemer, äußerte lebhafte Fabrikanten-Entschädigungsschmerzen. Von Seiten unserer Fraktion sprach mit großer Sachkunde Genosse Wurm, dessen Ausführungen Gen. Reißhaus in werthvoller Weise ergänzte. Die Vorlage wurde schließlich mit Einstimmigkeit an eine 21gliedrige Kommission verwiesen. — Während so das Phosphorgesetz an die Kommission ging, kam das Kinderschutzgesetz aus der Kommission ans Plenum. Es entspricht ganz der deutsch-preußischen Sozialpolitik, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sich auf die gewerblichen Betriebe beschränken, während an die himmelschreienden Zustände in der ländlichen Kinderarbeit beileibe nicht gerührt werden soll. Denn das leiden die Agrarier nicht, als deren Wortführer der behaglich-breite Herr Gamp auftrat, der das idyllische Lied vom stillen Glück des Hirtenjungen und des Hirtenmädchens, das er bei der ersten Lesung angestimmt, in epischer Ausführlichkeit weiter ausspann. Genosse Wurm führte ihn glänzend ab und bewies an der Hand umfangreichen Materials die Nothwendigkeit, unseren Anträgen Folge zu geben, welche Ausdehnung der Bestimmungen auf die ländliche Kinderarbeit und Beseitigung des Unterschieds zwischen fremden und eigenen Kindern fordern. Aber die agrarische Mehrheit wird dieser sittlichen Nothwendigkeit um so weniger gehorchen, als doch selbst die freisinnigen Redner Zwick und Rösicke bei aller prinzipiellen Anerkennung der Berechtigung unserer Anträge sich hinter der voraussichtlich nicht erfolgenden Zustimmung des Bundesraths verschanzten.

Gegen 6 Uhr wurde Vertagung der Debatte beschlossen, neben der am Freitag noch die Polen-Interpellation zur Berathung gelangen wird.

---

246. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Präsidenten.

Das Ergebniß der Abstimmung ist folgendes: Von 285 abgegebenen Zetteln lauten 195 auf den Namen des Abg. Graf v. Ballestrem, 89 Stimmzettel sind weiß, 1 lautet auf den Abg. Ahlwardt. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich werde den zum Präsidenten gewählten Grafen v. Ballestrem, der jetzt im Reichstag nicht anwesend ist, fragen, ob er die Wahl annimmt und werde darauf noch im Laufe der Sitzung zurückkommen.

Die zwischen dem Reich, Italien und der Schweiz geschlossenen Abkommen betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz werden in erster und zweiter Berathung ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Phosphorzündwaaren.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Es ist im Reichstag wiederholt angeregt worden, die Herstellung und den Vertrieb von Phosphorhölzern mit gelbem Phosphor ganz zu verbieten. Im Interesse der Streichholzindustrie hat man aber bisher davon abgesehen. Auch in den bestgeleiteten Fabriken sind schwere Fälle von Nekrose vorgekommen trotz allen Vorsichtsmaßregeln. Bisher war es nicht möglich, daß wir in Deutschland bei dem Mangel an hartem Nadelholze nach Art des schwedischen phosphorfreie Streichhölzer wie die schwedischen fabrizierten. Neuerdings hat uns indessen ein Unternehmer das Patent eines Zündholzes vorgelegt, das allen Anforderungen genügt, das wir daher erwerben und den Zündholzfabrikanten ohne Entschädigung zur Verfügung stellen werden. — Ich hoffe, der Reichstag wird einstimmig die Vorlage annehmen. Der Entschädigungsanspruch der Fabrikanten konnte nicht anerkannt werden; wollten wir für alle den Unternehmern auferlegte sozialpolitischen Lasten Entschädigung gewähren, so wären wir außer Stande, Leben und Gesundheit unserer Arbeiter zu schützen.

Dr. Endemann (NL.): Der Gesetzentwurf bedeutet einen ungeheuren Eingriff in eine blühende Industrie, wenn er auch vom hygienischen Standpunkt aus zweifellos zu begrüßen ist. Redner beantragt Ueberweisung an eine 21 gliedrige Kommission.

Vizepräsident Büsing unterbricht die Verhandlungen mit der Mittheilung, daß Graf Ballestrem im Hause anwesend sei, und richtet an ihn die Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl zum Präsidenten annehme.

Graf Ballestrem: Die große Mehrheit des Hauses hat mir ihr unverändertes Vertrauen dokumentirt. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefgefühlten Dank aus, nehme das mir von Ihnen übertragene Amt an (Lebh. Bravo! b. d. Mehrheit) und werde es nach wie vor nach bestem Wissen und Gewissen zu handhaben bemüht sein.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.) äußert unter Anerkennung der Thatsache, daß die Phosphornekrose schwer zu erkennen sei, Bedenken gegen die Vorlage, die geeignet sei, ganze Gegenden zu schädigen. Die Herren von der äußersten Linken, wie z. B. Herr Reißhaus, sollten sich doch überlegen, ob es angebracht ist, die armen thüringischen Gegenden durch ein so schroffes, auf Expropriation ohne Entschädigung heraus laufendes Vorgehen zu schädigen. Diesen blutarmen Gegenden wird besser durch eine Eisenbahn geholfen. Redner schließt sich dem Antrag Endemann auf eine Ueberweisung an eine Kommission an. (Beifall b. d. FVp.)

Zehnter (Z.) schließt sich dem Verlangen, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, an. Es komme darauf an, ob die Regierung wirklich im Besitze einer Zündmasse sei, die zum Ersatz dienen könne.

Wurm (SD.): Auch wir sind für Ueberweisung an eine Kommission und hoffen, daß die neue Zündmasse sich als zweckmäßig erweisen möge. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß gesundheitsschädliche Industrien ohne Rücksicht auf eventuelle Schädigung der Fabrikanten verboten werden müssen. Die offizielle Statistik genügt keineswegs, sie führt nur einen Theil der Erkrankungen an Phosphornekrose auf, der größte Theil entzieht sich der öffentlichen Kenntniß, weil die Kranken nicht nur in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind. Das Vorgehen der Regierung, ihre Bemühung um eine Ersatzmasse sind anerkennenswerth; es wäre nur zu wünschen, daß sie überall die gleiche Energie entwickelt, wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt. Zu wünschen ist nur, daß die Zündmasse nicht nach längerem Lagern versagt. Um diesen Zweck zu erreichen, muß man eventuell selbst eine kleine Vertheuerung der Streichhölzer in Kauf nehmen. — In der Phosphorindustrie herrscht ein furchtbares Elend; es ist keine Seltenheit, daß den dort beschäftigten Jünglingen und Mädchen mit 21 Jahren Nase und Unterkiefer weggefressen und das Gesicht völlig entstellt ist. Prinzipiell müssen wir es ablehnen, den Fabrikanten und selbst den Arbeitern eine Entschädigung zu gewähren, wird die Entschädigung zum Prinzip erhoben, so ist überhaupt keine Sozialpolitik möglich. Die Karrenzzeit von 4 Jahren, die die Regierung vorschlägt, ist zu ausgedehnt, namentlich wenn das neue Verfahren sich bewährt. Ich hoffe, daß es gelingen wird, in der Kommission die Karrenzzeit möglichst abzukürzen. (Beifall b. den Sozialdemokraten.)

Münch-Ferber (NL.): Weniger noch die Zahl der Fälle als der schreckliche Verlauf der Krankheit bei der Phosphornekrose veranlassen uns, dem Verbot der Phosphorfabrikation beizutreten, wie es in den Niederlanden und der Schweiz bereits ausgesprochen ist.

Dr. Wiemer (FVp.) behauptet, daß die Phosphornekrose in großen Fabriken weniger auftrete, als in der Hausindustrie, und hält eine billige Entschädigung für angebracht.

Reißhaus (SD.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Wurm an und stimmt dem Abg. Dr. Müller-Meiningen darin bei, daß die Unterstützung des Meininger Oberlandes und seiner armen Bevölkerung durch Förderung des sehr im Argen liegenden Eisenbahnwesens sehr zu wünschen sei. (Beifall b. d. Soziald.)

Damit schließt die Berathung.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben. §1 beschränkt die Anwendung der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen auf die in gewerblichen Betrieben beschäftigten fremden (§§ 4—11) und eigenen (§§ 12—16) Kinder.

Die Abgg. Baudert (SD.) und Genossen beantragen 1) Ausdehnung der Bestimmungen auch auf die in der Landwirthschaft und im Gesindedienst beschäftigten Kinder, 2) Beseitigung des Unterschieds zwischen fremden und eigenen Kindern.

Gamp (RP.) hält die bei der ersten Lesung abgegebene Erklärung, daß zwei Behauptungen des Lehrers Agahd in dem Buche über ländliche Kinderarbeit als frivole Verleumdungen zu bezeichnen seien, aufrecht und beruft sich auf die Urtheile der Geistlichen und Kreisschulinspektoren, von denen das Buch Agahds als übertriebene Entstellung bezeichnet worden sei. Ein Pfarrer hat in einem Briefe den Beruf eines Hütejungen als die schönste und gesundeste Beschäftigung bezeichnet. Die Kinder lernen auf die Weise schon früh die eigenartige Poesie des Landlebens. (Heiterkeit links. Zuruf b. den Soz.) Ich finde für Ihre Zurufe keinen parlamentarischen Ausdruck und unparlamentarische Ausdrücke will ich nicht gebrauchen. (Erneute Zurufe b. den Soz. Vizepräs. Graf Stolberg bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Sollten wirklich Mißstände vorhanden sein, so kann auf dem Wege der Verordnung eingeschritten werden. Zur Ausdehnung dieses Gesetzentwurfs auf ländliche Kinderarbeit liegt kein Grund vor. (Beifall rechts.)

Wurm (SD.): Wenn Herr Gamp gegenüber den Gewährsmännern Agahds den Vorwurf der Verleumdung erhebt, so hat er damit die evangelische Geistlichkeit der Provinz Brandenburg der Verleumdung geziehen. Ueber die Zustände in Oberhessen hat ein dortiger Landpfarrer in der „Frankfurter Zeitung“ Angaben gemacht; wenn ich sie hier wiederhole, wird Herr Gamp, wie ich hoffe, mich nicht wieder als Zwischenträger von Verleumdungen bezeichnen. Der Pfarrer sagt, man möchte weinen, wenn man die müden, abgespannten Kinder schon in den ersten Schulstunden mit ansehen muß. Die sittlichen Verhältnisse in den Schlafstuben dieser Kinder seien so, daß in ihnen jedes Schamgefühl ertödtet werden muß. Aehnlich berichtet das „Hamburger Fremdenblatt“ aus dem südlichen Schleswig. — Obwohl wir die schnelle Verabschiedung des Gesetzes wünschen, haben wir unsere Anträge betr. Ausdehnung des Gesetzes auf die in der Landwirthschaft und im Gesindedienst beschäftigten Kinder wieder eingebracht. Die Zahl der in der Landwirthschaft beschäftigten Kinder ist sehr groß und auch sie haben ein Recht darauf, als Menschen behandelt zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) An dem guten Glauben des Pfarrers des Herrn Gamp glaube ich ja, aber die Schulinspektoren, die Pfarrer, die mit offenen Augen durch das Land gehen, bezeugen, daß die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande ebenso schlimm ist, wie in der Stadt. Ein Sanitätsrath in der Graudenzer Gegend berichtet, daß ihm die Hütejungen durch ihre schlechte Körperbeschaffenheit vor allen anderen Kindern auffallen. (Hört, hört! bei den Soz.) Aerzte und Lehrer, berichtet derselbe Gewährsmann, seien einstimmig gegen diese Kinderbeschäftigung; daß dieselbe von den Unternehmern stark bevorzugt wird, liegt daran, daß dieselben billige und willige Arbeitskräfte haben wollen zum Ersatz für die erwachsenen Arbeiter, die sie durch niedrige Löhne und schlechte Behandlung verjagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß Rübensuchen und Kartoffelhacken trotz der entgegenstehenden Behauptung des Grafen Posadowsky weder leichte noch gesundheitsfördernde Arbeiten sind, hat der deutsche Handelstag nachgewiesen. Aber freilich: alle Autoritäten sind Ihnen (nach rechts) null und nichtig, wenn deren Urtheil Ihnen nicht paßt. Prof. Dr. Hoppe berichtet, daß die Gutsbesitzer im Regierungsbezirk Gumbinnen die energische Bekämpfung der Granulose nicht mit machen wollten, weil damit die Kinder eine Zeit lang von der Arbeit ferngehalten würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das beweist, was für ein Geist bei den Gutsbesitzern herrscht. Nun kommen Sie mit Ihrem alten Einwand, der Erwerb der Eltern werde verkümmert. Gewiß! Aber die soziale Gesetzgebung muß fortschreiten ohne Rücksicht darauf, daß vielleicht durch den Mißbrauch, der heut mit der Kinderarbeit geübt wird, einige Eltern geringe Vortheile haben. Eine ganze Reihe von Invaliden, die ihren Beruf aus irgend welchen Gründen nicht mehr erfüllen können, würden auf dem Lande leicht Beschäftigung finden, wenn ihnen die Kinderarbeit nicht solche Konkurrenz machte. Die Gesetzgebung muß auch die Kinder vor den eigenen Eltern schützen. Denn Ihre famose Wirthschaftsordnung hat ja mit ihrem Kampf Aller gegen Alle auch den Kampf der Eltern gegen die eigenen Kinder zur Folge. Wir wollen die Kinder gegen alle Ausbeutung und Verelendung schützen. Nehmen Sie deshalb unsere Anträge an. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Zwick (FVp.): Nach den vorliegenden Berichten haben wir allen Anlaß, der Beschäftigung der Kinder in den landwirthschaftlichen Betrieben entgegenzutreten. Vor Allem die Kinderarbeit auf dem Großgrundbesitz muß eingeschränkt werden, während die Kinderbeschäftigung auf den kleinen Gütern nicht so viele Gefahren bietet. Ich glaube aber, daß wir erst das vorliegende Gesetz verabschieden sollen, um hoffentlich in kurzer Zeit ein besonderes Gesetz über den Schutz der in der Landwirthschaft beschäftigten Kinder vorgelegt zu erhalten. Ich werde für den Antrag Baudert stimmen, möchte aber dadurch keineswegs das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzentwurfs gefährden. Ich erwarte, daß die Regierung dem Werke des Kinderschutzes möglichst bald den Schlußstein einfügen. (Bravo! links.)

Rösicke-Dessau (FVg.): Trotzdem ich dem Antrage Baudert sehr sympathisch gegenüberstehe, werde ich nicht für ihn stimmen, weil das Gesetz mit diesem Antrag nicht die Zustimmung der Mehrheit und des Bundesraths finden würde. Trotz aller schlimmen Mißstände müssen wir uns mit dem Erreichbaren begnügen. Aus Mannheim wird berichtet, daß unter 6 Jahre alte Kinder zum Pflücken des

Hopfens verwandt werden. Diese Beschäftigung dauert vom frühesten Morgen bis in die Nacht hinein. (Hört! hört! links.) Auch in Bezug auf die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern müssen wir uns mit dem begnügen, was die Kommission beschlossen hat. In dieser Beziehung sind ja auch einige Verbesserungen erreicht worden.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Poleninterpellation und Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagswahlen sollen bereits, wie dem „Hamb. Corr." offiziös aus Berlin gemeldet wird, Ende Mai stattfinden. Bis dahin sind nur noch vier Monate. Es gilt deshalb zu rüsten, die Organisation zu vervollständigen und die Säckel zu füllen, damit unsere Armee auf alle Fälle schlagfertig ist!

Die Reichstagsersatzwahl in Schleswig-Eckernförde fand am gestrigen Donnerstag statt. Bekanntlich ist die Ersatzwahl nothwendig geworden, weil der Abgeordnete Jacobsen, Hospitant der Freisinnigen Volkspartei, sein Mandat niedergelegt hat. Der Wahlkreis Schleswig besteht aus dem Kreise Schleswig mit Ausnahme der Stadt Friedrichstadt, dem Kreise Eckernförde und aus 15 Landbezirken des Kreises Rendsburg. Der Kreis Schleswig umfaßt die Städte Schleswig, Kappeln und Arnis und 112 Landbezirke, der Kreis Eckernförde die Stadt Eckernförde und 61 Landbezirke. Im Jahre 1898 zählte der Wahlkreis 24 677 Wahlberechtigte. Von denselben wurden 16 389 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den freikonservativen Kandidaten Christophersen 6357, auf den freisinnigen Jacobsen 5895, auf den sozialdemokratischen (Hinsche-Lägerdorf) 4116 Stimmen. 21 Stimmen zersplitterten sich. Bei der Stichwahl wurde dann Jacobsen mit 10 029 Stimmen gegen 6828 freikonservative gewählt. Diesmal bewarben sich nicht 3, sondern 5 Kandidaten um das Mandat. Sozialdemokratischer Kandidat war Genosse Hoffmann-Hamburg, freisinniger der Buchdruckereibesitzer Spethmann-Eckernförde, nationalliberaler der Landesversicherungsrath Hansen-Kiel. Außerdem kandidierte für die Agrarier und Antisemiten der zur „Fraktion" Liebermann v. Sonnenberg zählende Graf Reventlow-Wulfshagen, und schließlich betrieb noch der bekannte Kieler Professor Lehmann auf eigene Faust seine Kandidatur. Das bisher ermittelte Resultat stellt sich, einer Privatmeldung des „Echo" zufolge, wie folgt: **Hoffmann (SD.) 3320**, Spethmann (FVp.) 2745, Hansen (NL.) 1935, Reventlow (Antis.) 898, Lehmann (Eigenbrödler) 153 Stimmen. Stichwahl zwischen Hoffmann und Spethmann wahrscheinlich. Wesentlich anders lautet dagegen das durch „Wolffs Bureau" übermittelte Resultat. Danach wurden bis abends 10 Uhr gezählt für Spethmann 3229, Hoffmann 2583, Hansen-Kiel 2091, Graf Reventlow 1228, Lehmann 152 Stimmen.

Podbielski contra Bündler. Einen nicht uninteressanten Zwischenfall gab es Donnerstag bei der Spezialberathung des Etats des Landwirthschaftsministeriums im preußischen Abgeordnetenhause: Podbielski, der Endell-Freund, schnitt zwischen sich und den Landbündlern das Tischtuch entzwei. Nachdem der Zentrumsmann Herold den Bündlern eindringlich ins Gewissen geredet und zur Einigkeit aller Agrarier gemahnt hatte, schlugen die Herren von Oldenburg, auf dessen Freundschaft sich Herr von Podbielski noch Mittwoch berufen hatte, und von Wangenheim den schärferen Ton an und ereiferten sich gegen Bülow und Posadowsky. Herr von Wangenheim schloß mit der bekannten Klage, daß die Landwirthschaft von der Regierung nichts zu erwarten habe. Noch schwieg Herr von Podbielski und statt seiner vertheidigte von Zedlitz-Neukirch als freiwilliger Regierungskommissar die Reichsregierung, wobei er durchblicken ließ, daß es Bülow schwer genug geworden sei, die Zustimmung des Kaisers zum Zolltarif zu erhalten. Darauf erhob sich Dr. Diedrich Hahn, dem man neuerdings in Anspielung auf einen vielgenannten modernen Roman den Beinamen „Der grüne Hahn" gegeben hat, und hielt eine Herausforderungsrede, die in der bekannten Manier dieses Abgeordneten der Regierung im allgemeinen, dem Landwirthschaftsminister im besonderen jedes Verständniß für die Landwirthschaft absprach. Das war Podbielski, dem besten Freund der Agrarier, denn doch zu starker Tabak. Und da er bekanntlich aus Anlaß des Falles Willich ein ganz besonderes Interesse hat, augenblicklich von den Agrariern etwas abzurücken, so kam es ihm jetzt zu passen, sich frei von der Leber über sein Verhältniß zu den Bündlern auszusprechen. Zornbebend sprang er auf und mit Kommandostimme rief er in den Saal, jetzt sei zwischen ihm und dem Bunde der Landwirthe, der solche Leute als Vertreter entsende, das Tischtuch absolut zerschnitten. Hahn, der sich nämlich wieder erholt hatte, stammelte eine Antwort, in der er dem Minister vorhielt, es habe eine Zeit gegeben, wo sie beide kein Vertrauen zur Regierung gehabt hätten. So endete dieser Zwischenfall. Indessen darf man versichert sein, daß die hadernden Brüder bald wieder ein Herz und eine Seele sein werden.

Neueintheilung der Reichstagswahlkreise. Die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung (die Abgg. Barth und Dr. Müller-Sagan) haben folgenden Antrag im Reichstage eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf betr. die Neueintheilung der Reichstagswahlkreise unter Berücksichtigung der seit Gründung des Deutschen Reichs erfolgten Verschiebung der Bevölkerung vorzulegen.

Einen neuen Ketzer in der Sozialdemokratie hat Eugen Richter entdeckt, und die „Lib. Anzeigen" beeilen sich, die jüngstentgangene Entdeckung des großen Eugen weiterzuverbreiten. Genosse David-Mainz hat einen Vortrag über die Agrarfrage gehalten und dabei unter anderem gesagt: „Wenn der Bauernstand vernichtet würde, so würden die Bauern in die Städte strömen, und die Arbeiter hätten die Kosten dieser wirthschaftlichen Umwälzung zu tragen. Die Arbeiter hätten also alles Interesse daran, daß die Landbevölkerung in ihren Lebensverhältnissen gefördert und nicht vernichtet werde." Das nennen Eugen und das lübsche Brodwucherblatt „Ketzerei"! Unter dem Beding sind wir alle Ketzer. Denn jeder einzelne von uns strebt mit allen Kräften danach, daß die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung gefördert und nicht vernichtet werden.

Rückgabe bayerischer Trophäen an Preußen. Die bayerische Regierung hat, wie gemeldet wird, an Preußen eine Anzahl Trophäen zurück gegeben, die in der Zeit des ersten Napoleon erobert worden waren. Es handelt sich um Fahnen und Geschütze. — Derartige Trophäen sollten, — so bemerkt treffend die „Volkszeitung" — wie die Gefangenen, nach jedem Kriege zwischen den Kriegführenden zurückgetauscht werden. Sie wecken bei den Völkern, die mit einander in Frieden zu leben wünschen, nur unfreundliche Empfindungen, fördern den Chauvinismus und verhindern die Annäherung der Menschen im friedlichen Sinne.

Die Firma Krupp wird, wie durch Anschlag am Werke bekannt gegeben wurde, in eine Familien-Aktiengesellschaft umgewandelt werden, deren Antheile der Tochter Bertha Krupp verbleiben.

Die sächsische Acht. Das „Dresdener Journal" veröffentlicht eine vom Staatsministerium gegengezeichnete königliche Verordnung vom 14. Januar, die besagt: Nachdem die Kronprinzessin Luise am 9. Januar auf alle ihre Rechte, die ihr auf Grund ihrer Stellung als Kronprinzessin von Sachsen bisher zugestanden haben, in feierlicher Weise für immer verzichtet, ertheilte der König hierzu seine Genehmigung und erklärte demgemäß kraft der ihm nach § 4 des Hausgesetzes vom 30. Dezember 1834 zustehenden Hoheitsrechte, daß die Kronprinzessin von allen in der Zugehörigkeit zu dem sächsischen Königshause begründeten Rechten, Titeln und Würden von jetzt an ausgeschlossen ist. — „Madame Giron" wird sich auch über diese Achterklärung zu trösten wissen.

Zur Venezuela-Affäre erfährt „Reuters Bureau", daß Mittwoch die Regierungen von England, Deutschland und Italien eine gemeinsame Antwort an den Gesandten Bowen bezüglich seines Vorschlages sandten, wonach alle Länder, welche Forderungen an Venezuela haben, auf gleichen Fuß mit den drei verbündeten Mächten gestellt werden sollen. Die Antwort sagt, daß dieser Vorschlag Venezuelas angenommen werden könne.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetkommission des Reichstages stellte Donnerstag den Geschäftsplan fest und vertheilte die Referate. Freitag wird mit dem Etat des Auswärtigen Amts begonnen werden. Der Sonnabend und Montag sind sitzungsfrei. — Eine Petition um Erhöhung der Soldatenlöhnung um 10 Pfg. pro Tag hat die Petitionskommission des Reichstags am Donnerstag der Budgetkommission zur Erledigung zu überweisen beschlossen. Die Petitionskommission fand die Forderung von 10 Pfg. pro Tag zu hoch. Es wurde geäußert, daß durch Putzgeldzulagen vielleicht eine Besserstellung der Soldaten sich erzielen lasse. — Generalleutnant von Liebert, Kommandeur der 6. Division in Brandenburg, früher Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, gedenkt, wie man der „Täglichen Rundsch." aus Brandenburg mittheilt, in den nächsten Tagen seinen Abschied einzureichen. General v. Liebert scheint die Konsequenzen der Rede zu ziehen, die er jüngst auf einem Kommerse des B. d. St. gehalten hat und worin er bekanntlich seine Unzufriedenheit mit dem langen Frieden, dessen sich das Deutsche Reich zu erfreuen hat, aussprach. — Den Rothen Adlerorden dritter Klasse hat am Geburtstag des Kaisers der Fürst zu Schönburg-Waldenburg erhalten. Es ist dies nach der „Volksztg." ein junger stud. jur. in Bonn im Alter von 20 Jahren, der dem Korps „Borussia" als Kontneipant angehörte. — Ein Subsidienverhältniß besteht in gewissem Sinne zwischen der Münchener „Allgem. Ztg." und der Reichsregierung. Aus einer Polemik, die von diesem Blatt gegen unser Münchener Partei-Organ geführt wird, erfahren wir die interessante Thatsache, daß das Münchener Scharfmacher-Organ vom Reich jährlich den Betrag von 3000 Mk. erhält, wofür die Zeitung an die deutschen Konsulate zu liefern ist. Es besteht also eine Art von Zwangsabonnement. Auch einer Anzahl von bayerischen Behörden wurde amtlich nahegelegt, das an der Abonnenten-Schwindsucht dahinsiechende Blatt zu abonniren. — Die französische Kammer lehnte am Donnerstag den Antrag Sembat, die französische Botschaft beim Vatikan aufzuheben, mit 325 gegen 215 Stimmen ab. — Dem „Daily Expreß" wird aus Newyork gekabelt: Nachrichten aus Mexiko zufolge befinden sich die Jague-Indianer im Staate Sonora auf dem Kriegspfade und hatten am 27. Januar die Stadt San Marcial angegriffen. Nach verzweifeltem Kampfe seien sie von den Einwohnern zurückgeschlagen worden, jedoch hätten die Weißen schwere Verluste gehabt. Eine größere Anzahl von ihnen sei bei der Vertheidigung der Stadt gefallen, darunter 8 Nordamerikaner. — Ein Telegramm aus La Paz meldet, der Präsident von Bolivia Pando sei mit 300 Mann nach dem Akreterritorium aufgebrochen. In La Paz heiße es, die Brasilianer in Akre hätten die Niederlassungen Porvenir und Costarika belagert.

Dänemark.

Uebertritt zur Sozialdemokratie. Aus Kopenhagen bringt man dem „Berl. Tagebl.": Der Stadtverordnete Rump, der Sohn des verstorbenen hochkonservativen Justizministers, trat am Mittwoch aus der liberalen Partei aus und in die sozialistische ein. Da Rump aber nur als liberaler Kandidat die Wahl zum Stadtverordneten erreichte, ist er jetzt gezwungen, sein Mandat niederzulegen und seine Wiederwahl bei den gewöhnlichen Wahlen im März zu suchen. Sein Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei hat aber doch eine größere Bedeutung, weil er die Wahl eines Sozialisten zum Finanzbürgermeister Kopenhagens ermöglicht. Als Kandidat für diesen hochwichtigen Posten wird der Sozialistenführer Malermeister Jensen genannt.

Schweden.

Der Reichstag nahm die Erhöhung der Branntweinsteuer, sowie eine Erhöhung der Zölle auf Wein und Spirituosen ꝛc.

Rußland.

Neuer russischer Zolltarif. In der russischen Gesetzsammlung wird, wie das Russische Handels-Telegraphen-Bureau mittheilt, ein neuer, am 13./26. Januar vom Zaren bestätigter allgemeiner Zolltarif veröffentlicht. In der amtlichen Erläuterung wird betont, daß bei der Festsetzung der Tarifsätze keineswegs die Absicht vorgelegen habe, durch ein künstliches Hinaufschrauben der Sätze Material zum Abhandeln bei zukünftigen Kontrahenten zu erhalten, da ein solches Vorgehen direkt vor dem Beginn der Verhandlungen zweischneidig wäre. Falls die Vertragsverhandlungen scheitern, müßte ein übermäßig erhöhter Tarif wirklich eingeführt werden zum Nachtheil des Landes, das ihn ausgearbeitet hat. Eine Besonderheit des neuen Zollgesetzes sei, daß der Zeitpunkt seines Inkrafttretens nicht bestimmt, sondern dem Finanzminister anheimgegeben sei, um die kaiserliche Ermächtigung für die Einführung des Tarifs einzukommen. Diese besondere Bestimmung werde begründet durch bestehende Vertragsverhältnisse mit dem Auslande, welche zu einem Konventionaltarif neben einem allgemeinen Tarif geführt haben. Die Konventionalsätze könnten, da bis jetzt von keiner Seite eine Kündigung erfolgt sei, jedenfalls nicht vor Jahresfrist von jetzt an in Kraft treten. Der übrige Theil könnte auch früher gültig werden, was aber von den thatsächlichen Verhältnissen abhängen würde.

Frankreich.

Einen Antrag auf Abänderung der Verfassung haben am Mittwoch Jules Roche und andere „gemäßigte" Deputirte in der Deputirtenkammer eingebracht. Darnach soll kein gegen die Erklärung der Menschenrechte verstoßendes Gesetz eingebracht werden dürfen. Ferner soll, falls der Präsident der Republik die neuerliche Berathung eines Gesetzes verlangt, dies nur mit zweidrittel Mehrheit angenommen werden können. Endlich soll der Kassationshof als oberster Gerichtshof zur Wahrung der Rechte der Bürger zuständig sein.

Holland.

Die Lage im Schiffsverlade- und Fuhrwesen in Amsterdam wird wieder sehr bedenklich. Zwei Zuckerfabriken waren genöthigt, etwa 300 Leute aus Arbeitsmangel zu entlassen, da das angeführte Rohmaterial zu dem boykottirten Schiffsgut gehörte. Donnerstag begannen, wie der „Frankf. Zeitung" gedrahtet wird, im Einvernehmen mit den Dock- und Transportarbeitern 300 Maschinisten, Heizer und Lader der holländischen Eisenbahngesellschaft einen Streik. Auch bei der Staatseisenbahn droht ein Streik. Zwei Polizeiboote fahren im Hafen, um Ordnungsstörungen zu verhindern; abgesehen von kleinen Schlägereien zwischen einzelnen Arbeitern ist jedoch alles ruhig.

England.

Schlechte Aussichten hat der Schatzkanzler Ritchie in einer Rede, die er am Mittwoch im Londoner Krystallpalast hielt, den englischen Steuerzahlern eröffnet. Er führte in seiner Rede aus: alle Illusionen von einer großen Zollermäßigung, die im nächsten Etatsjahre stattfinden solle, müsse man fahren lassen. Er zweifle nicht daran, daß mit Rücksicht auf die in Südafrika erforderlichen Abrechnungen Englands Schulden einen weit höheren Betrag erreichen würden, als jemals angenommen worden sei. Englands Unternehmen müsse bis zum Ziele durchgeführt werden, koste es, was es wolle. Er glaube indessen, daß man die Zölle werde etwas ermäßigen können. Die Schlagfertigkeit der Marine müsse mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. — Und bei dieser Finanzlage muß England in Südafrika ein großes stehendes Heer mit ungeheuren Kosten auf viele Jahre hinaus unterhalten, wenn es nicht alle theuer erkauften Vortheile sofort wieder in Frage gestellt sehen will.

Spanien.

Ein Generalstreik ist in Reus ausgebrochen. Aller Verkehr stockt und die Läden sind geschlossen. Die Erregung ist in der Stadt sehr groß. Die Gendarmerie patrouillirt in den Straßen, während die Truppen in den Kasernen konsignirt sind.

Marokko.

Die Wirren in Marokko. In Gegensatz zu anderen Meldungen drahtet der Korrespondent des Madrider „Imperial" aus Tanger: Bu Hamara befürchtete, von den Sultanstruppen umzingelt zu werden, und hat darum einen raschen, fluchtähnlichen Rückzug angetreten. Said Omar hat im Gebiet der Haynas Verschanzungen aufgebaut. — Der Widerspruch in den Meldungen aus Marokko scheint kein Ende nehmen zu sollen.

China.

Eine revolutionäre Organisation, die eine besondere Regierung im Süden Chinas errichten will, ist nach einer Meldung der „Times" aus Honkong in den Provinzen Kwangtung, Kwangsi, Kweitschan und Fokien entstanden. Missionare und gut informirte Chinesen halten es nicht für unmöglich, daß die Organisation Erfolg haben kann. Am Montag wurden von den Behörden in Hongkong acht Chinesen verhaftet und unter Anklage gestellt, eine militärische Expedition gegen eine befreundete Macht geplant zu haben. Die Führer der Bewegung sammeln im Innern Chinas Truppen, sie geben sich für Reformer aus und hoffen auf die Sympathie der fremden Mächte. Dem „Morning Leader" wird noch aus Hongkong gemeldet, daß die Behörden von Canton in Hongkong englische Dampfer gechartert haben, um Truppen zum Schauplatz der Rebellion zu bringen. Der Führer der Schwarzflaggen erhielt den Auftrag, 3000 Mann für den Dienst an den Grenzen von Kweitschan zusammenzubringen und zu verhindern, daß die Rebellen nach Kwangtung hinüberkommen und auf Canton marschiren, welches sie, chinesischen Berichten zufolge, nehmen wollen. — Danach scheint also der Tanz in Ostasien aufs Neue losgehen zu sollen. Ob die Großmächte abermals dazu aufspielen werden?

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 30. Januar.

Der gestrige Laube-Abend im „Vereinshaus" hatte sich erfreulicher Weise eines außerordentlich starken Besuches

zu erfreuen. Saal und Galerie waren gedrängt voll. Und die zahlreichen Zuhörer sind ohne Frage nach jeder Richtung auf ihre Rechnung gekommen. In geradezu mustergiltiger Weise verstand es der Vortragende, Herr Laube aus Leipzig, an der Hand seiner Lichtbilder den Erschienenen die Bildung der Vulkane, ihre Entwickelung und die schrecklichen Verheerungen der vulkanischen Katastrophen, sowie die Erdbeben, jene Vorläufer vulkanischer Eruptionen, vor Augen zu führen. Man konnte sich im Geiste mit dem Vortragenden an jene Stellen unseres Erdbodens versetzen, wo die Produkte der Entwickelung unserer Erde, die Vulkane, ihre grausige Thätigkeit entfalten; eine Thätigkeit, die jedoch nicht nur öde Strecken der Verwüstung schafft, sondern theilweise auch geradezu wundervolle Gebilde hervorbringt. In athemloser Spannung lauschten die Erschienenen den Ausführungen und Erklärungen des Vortragenden, der zum Schluß in Wort und Bild der schrecklichen Katastrophe auf den Kleinen Antillen gedachte. Stürmischer, nicht endenwollender Beifall lohnte den Redner; derselbe stieg noch, als Herr Laube sich bereit erklärte, an der Hand von selbst aufgenommenen Amateur-Photographien eine kurze Darstellung von einem Theile der norddeutschen Tiefebene, die er selbst bereist hat, zu geben. Welch eine Abwechslung wurde den Zuhörern hiermit geboten! Auf die Darstellung vernichteter und zerstörter Kulturbilder folgten nun solche frohen und frischen Lebens, die jeden Naturfreund zu wahrer Begeisterung hinrissen. Redner führte die Nordseeinsel Borkum, die Hafenstadt Emden mit ihrem großen Heringsgeschäft, Theile von Ostfriesland und Bremen, die saftigen Auen Dithmarschens, einen in Bremerhaven liegenden gewaltigen Lloyddampfer, die alterthümliche Stadt Lüneburg und theilweise recht abwechslungsreiche Bilder der Lüneburger Heide vor; auch hierfür erntete er stürmischen Beifall. — So kann der gestrige Abend mit Recht als ein genußreicher und belehrender bezeichnet werden; wir können dem Sozialdemokratischen Verein nur danken, daß er uns einen solchen verschafft hat.

Achtung, Bauhandwerker und Bauarbeiter! Ueber sämmtliche Bauten der Schlutuper Bauunternehmer ist die Sperre verhängt worden.

Der Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer.

-g. **Der Jahresbericht** der hiesigen Filiale des Verbandes Deutscher Schneider für das verflossene Jahr wurde in der letzten Mitgliederversammlung erstattet. Demselben ist Folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1902 betrug die Mitgliederzahl 206 gegen 180 am Schlusse des vorhergehenden Jahres. Im Laufe des Jahres wurden 98 neue Mitglieder aufgenommen, 13 reisten zu, 27 reisten ab, während 4 Kollegen austraten und 5 wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden. An Krankenunterstützung wurde gezahlt: 215,58 Mark, an Reiseunterstützung 90,64 Mark. Die Gesammteinnahme der hiesigen Filiale betrug 2463,20 Mark, davon wurden an die Hauptkasse gesandt: 1425,40 Mark. An Versammlungen fanden im Berichtsjahre 20 ordentliche und 2 außerordentliche statt. Der Besuch derselben war durchschnittlich mittelmäßig. Erwähnenswerth ist noch die Einsetzung einer gemeinsamen Tarifkommission zwecks Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Maaßschneiderei. Der bestehende Lohntarif hat auf Beschluß der Filiale für ein weiteres Jahr Gültigkeit. Der Arbeitsnachweis wurde 1902 von 207 Kollegen gegen 175 im Jahre 1901 in Anspruch genommen. Arbeit war angesagt: 1902 für 86, 1901 für 134 Kollegen! In Arbeit geschickt wurden 41 Kollegen gegen 57 im vorhergehenden Jahre. Daß ein großer Theil der offenen Stellen nicht durch den Nachweis besetzt werden konnte, hat seinen Hauptgrund in der im Schneidergewerbe vorherrschenden Saisonarbeit, da während der Saison die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot wesentlich übersteigt, während es sich in der flauen Zeit umgekehrt verhält. Der letztere Umstand ist anläßlich der Krise im Berichtsjahre in fühlbarer Weise zu Tage getreten. Bei der Berichterstattung wurde noch hervorgehoben, daß das verflossene Jahr für die hiesige Filiale als ein verhältnißmäßig günstiges bezeichnet werden könne. Dieses gute Resultat müsse die Kollegen anspornen, auch im laufenden Jahre nach besten Kräften für den Verband zu agitieren, damit derselbe mit Erfolg dem organisierten Arbeitgeberthum gegenübertreten könne. Auch hier heiße es: Durch Kampf zum Sieg! — In der Versammlung wurde u. A. beschlossen, in nächster Zeit eine energische Propaganda für den „Volksboten" zu entfalten. Zu diesem Behufe wurde eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt.

Die Hanseatische Fisch-Industrie-Aktiengesellschaft, welche sich bekanntlich in Zahlungsschwierigkeiten befand, ist wieder in den Besitz des früheren Inhabers, Herrn Schuhmacher, übergegangen. Der Kaufpreis soll 280 000 Mark betragen. Durch diesen Verkauf wird also das Unternehmen erhalten bleiben, was im Interesse der dort beschäftigten Leute mit Freuden zu begrüßen ist.

Ein interessanter Prozeß wegen Steuerhinterziehung fand am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer seinen Abschluß. Die Geschäftsführer eines hiesigen größeren Geschäfts hatten vor Jahren jeder zirka 22 000 Mk. in das Geschäft eingeschossen und waren damit Theilhaber geworden, indem sie von dem Reingewinn ein Sechstel als Verdienst erhielten. Im Jahre 1900 betrug nun der Reingewinn des Geschäftshauses **246 000** Mk., von dem die Geschäftsführer je 41 000 Mark erhielten. Sie versteuerten jedoch eine wesentlich geringere Summe. Die Steuerbehörde kam dahinter und legte den Geschäftsführern eine hohe Strafe auf, die diese aber nicht bezahlen wollten. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung. Im Termin führten sie aus, daß sie für ihre eingeschossenen 22 000 Mark keine Zinsen erhalten, sondern sogar am Ende ihres im Jahre 1906 ablaufenden Vertrages nur 14 000 Mark wieder zurückerhielten. Würden sie dagegen beim Beginn des Vertrages im Jahre 1894 ihre 22 000 Mark auf Zinseszins zu 6 Prozent belegt haben, so besäßen sie hieraus 1906 ein Kapital von über 40 000 Mark. Sie hätten demnach einen Verlust von 26 000 Mark zu verzeichnen, den sie von ihrem Gewinne in Abzug bringen könnten. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung nicht an, sondern verurtheilte die Angeklagten zu zusammen 20000 Mark Geldstrafe. Eine nette Einnahme für unseren Staatssäckel!

Gewerbegericht. Weil er zum zweiten Male nicht erschienen war, wurde Donnerstag auf Antrag des Arbeiters M. der Bauunternehmer H. durch Versäumnißurtheil zur Zahlung von 14,37 Mk. Arbeitslohn verurtheilt. — Eine Frage von prinzipieller Bedeutung gelangte sodann anläßlich der Klage des Kellners H. gegen den Restaurateur W. zur Entscheidung. Ersterer war seit dem 16. Oktober gegen freie Kost und Logis und Trinkgelder beim Beklagten thätig. Es war eine zweitägige Kündigung vereinbart worden. Trotzdem entließ Beklagter den Kläger am 25. Januar ohne Innehaltung dieser Frist. Deshalb klagte nun H. auf Wiedereinstellung resp. Zahlung einer Entschädigung. Außerdem erhob er Ansprüche auf Rückzahlung von Entschädigungen, welche er an seinen freien Tagen für Aushülfe hatte zahlen müssen. Hiermit wurde er abgewiesen, da er sich dieses Verhältniß hatte stillschweigend gefallen lassen. Anders aber kam die Sache hinsichtlich der Wiedereinstellung resp. Entschädigung. Beklagter erklärte sich zunächst bereit, den Kläger auf 2 Tage wieder einzustellen, dieser aber bemerkte demgegenüber, daß er damit nicht zufrieden sein könne, da ihm der Trinkgelder-Verdienst für letzten Sonntag, den er bei Innehaltung der Kündigungsfrist erhalten hätte, entgangen sei. Kaisers Geburtstag habe er 4 Mk. verdient, dafür aber Sonntag und Montag nichts gehabt und am Sonntag müsse er das Hauptgeschäft machen. Nach längerer Berathung fällte das Gericht folgendes Urtheil: Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat im Falle vorzeitiger Entlassung zunächst der Entlassene auf Wiedereinstellung und event. auf Entschädigung zu klagen. Das geschieht auch bei Kündigungsfristen von 14 oder 8 Tagen. Hier aber handelt es sich um eine zweitägige Kündigungsfrist, die jetzt bereits abgelaufen ist. Es würde in diesem Falle nicht nur hart, sondern sogar unbillig sein, wenn die Sache dadurch erledigt würde, daß am fünften Tage nach der Entlassung der Beklagte den Kläger auf 2 Tage wieder annimmt. Die Frist ist schon vorbei. Daher tritt an Stelle der Wiedereinstellung der Schadensanspruch. Der Kläger hat für 2 Tage zu fordern; er hat aber inzwischen verdient. Es würden ihm gesetzlich pro Tag 2,90 Mk., also zusammen 5,80 Mk. zustehen. Genau gerechnet, würden hiervon 4 Mk. Verdienst zu kürzen sein, sodaß 1,80 Mk. verbleiben würden. Hier aber kann nicht so scharf gerechnet werden. Deshalb ist dem Kläger die Entschädigung für 1 Tag mit 2,90 Mk. zu zahlen. — Dieses Urtheil, das wir natürlich nur billigen können, ist von prinzipieller Bedeutung speziell bei Arbeitsverträgen mit kürzeren Kündigungsfristen.

Der Bürgerrechtsverein, dessen Mission nach Abänderung des Wahlrechts zur Bürgerschaft erfüllt sein dürfte, bleibt dennoch bestehen. In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die eingezahlten Gelder nach Möglichkeit an die noch nicht Bürger gewordenen Mitglieder zurückzuzahlen. Zu diesem Behufe wurde eine siebengliedrige Kommission eingesetzt. Ferner wurde aus dem Statut der Passus betr. Erleichterung des Bürgerrechtserwerbs gestrichen. Der jetzige Zweck des Vereins soll die Besprechung wichtiger Senatsvorlagen ꝛc. sein. Nunmehr wird der ohnehin schon schwache Versammlungsbesuch noch mehr abflauen und der Verein langsam, aber sicher, den Weg alles Vergänglichen gehen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Ratzeburg, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. — Einer an der Depenau wohnhaften Frau wurde aus einem unverschlossenen Schranke ein Zwanzigmarkstück gestohlen. — Ein Fensterreiniger brachte zur Anzeige, daß ihm ein großer Fensterputzlappen im Werthe von 2 Mk. abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen sei.

e. **Stockelsdorf.** Unsere „Musterschulen. Am Freitag v. W. hatten die Schüler des Elementarlehrers Oschütz Rechnen. Der neunjährige Sohn des Arbeiters Meßfeldt konnte eine Aufgabe nicht richtig lösen, weshalb der Lehrer dem Knaben eine Ohrfeige versetzte. Hierdurch rutschte der Geschlagene aus und verletzte sich an der Kante der Schulbank die rechte Wange. Letztere schwoll an und ein blauer Streifen zeugte von dieser Verletzung. Auch schmerzte dem Knaben der Backenknochen. Herr Dr. Siewers nahm den Knaben in Behandlung, in der er sich wohl noch befindet. Der Vater des Knaben ging nun zum Schulinspektor, Pastor Egge, und gab dort den Vorfall zu Protokoll. Hierbei theilte er dem Pastoren noch mit, daß derselbe Lehrer einem Mädchen, Namens Ida Kähler, vor einiger Zeit einen Schlag über den Kopf versetzt hat, daß der Kamm zerbrach. Auch gab der Vater noch verschiedene andere Einzelheiten von dem Lehrer zu Protokoll, die scharf zu rügen sind. Am Sonnabend fragte der Lehrer den geschlagenen Knaben, wo sein Bruder sei. Auf die Antwort, derselbe wäre krank, stellte der Lehrer den Bruder bei seinem Wiederkommen Schläge in Aussicht. Am Montag erhielt der Lehrer einen Brief, wahrscheinlich vom Schulinspektor. Hierauf fragte der Lehrer den älteren Meßfeldt, was er zu Hause erzählt habe. Nachdem der Knabe wahrheitsgemäß berichtet, mußte er sich selbst über die Bank legen und erhielt vom Lehrer fünf heftige Schläge, die blaue Striemen hinterließen. — Ein solches Vorgehen des Lehrers verdient die schärfste Mißbilligung. Hier ist wohl die Frage berechtigt: Wann hören endlich einmal solche Zustände auf?

Eutin. Aufhebung der Regierung in Eutin. Seitens unseres Genossen Hug ist im oldenburgischen Landtag der Vorschlag gemacht worden, die Regierung in Eutin aufzuheben. Bemerkt sei hierzu, daß Letztere den halben Betrag der jährlichen Einkommensteuer kostet. Dieser Vorschlag findet überall im Fürstenthum lebhafte Zustimmung. Leider aber ist nur wenig Aussicht auf Verwirklichung desselben vorhanden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Sperre über die Gartmann'sche Chokoladenfabrik in Altona dauert unverändert fort. Die Vereinsvorstände werden ersucht, in ihren Versammlungen darauf aufmerksam zu machen. — Die Maler in Wandsbeck haben mit der Innung das Uebereinkommen getroffen, daß der Hamburger Lohntarif auch in Wandsbeck Geltung haben soll.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Weil die Lokomotive streikte, hatte Dienstag der Berlin-Hamburger Nachmittagszug in Seegefeld einen einstündigen Aufenthalt. Es mußte erst eine andere Lokomotive requirirt werden. — Beim Bergen seines ins Wasser gewehten Hutes ertrank in Hamburg ein Maschinist. — Ein Ewerführer in Hamburg wurde in Ausübung seines Berufes von einem herabstürzenden Mast erschlagen. — Zwei Einbrecher „erleichterten" einen Juwelenhändler in Hamburg um Uhren, einer großen Anzahl Ringen usw. im Gesammt-Werthe von ca. 3500 Mark. — In Altona hat eine dem Trunke ergebene Frau ihren Tod durch Ersticken gefunden. Die Frau wird in ihrem Zustande zu Fall gekommen sein, ihr Gesicht ist in den an der Unfallstelle vorhandenen Morast eingedrungen und sie hat die Kraft nicht finden können, um sich vor dem Tode zu retten. In Bezug auf diesen Fall hatte sich das Gerücht verbreitet, daß ein Mord vorliege, doch spricht für die Wahrheit des Gerüchtes absolut nichts. — Der wegen des Bauunglücks in Kiel verhaftete Unternehmer Mohr ist gegen eine Kaution von 5000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Weil er über Urlaub ausgeblieben war und von einer Patrouille gesucht wurde, erschoß sich Mittwoch in Kiel ein Heizer der Werftdivision in der Wohnung seiner Eltern. — Beim Rangieren wurde Mittwoch in Kiel der Hilfsrangierer Bahr überfahren und getödtet. — Das vor der Universität in Kiel aufgestellte Standbild des Aristoteles ist Mittwoch Nacht verstümmelt worden. Die in der Nähe davon befindliche Statue Solons war bekanntlich schon früher muthwillig beschädigt worden. — Aus Wismar wird unterm 28. Januar gemeldet: Im Maschinenraum des Dampfers „Adler" brach gestern abend 7¾ Uhr auf unerklärliche Weise Feuer aus. Es gelang, dasselbe bald zu dämpfen, doch haben der Schiffskörper am Maschinenraum und das Deck über demselben stark gelitten. — In Meierstorf bei Grabow, wo die Schule ohne Lehrer ist, weigern sich die Eltern, ihre Kinder über Feld zur Schule zu schicken. Sie haben deshalb vom ritterschaftlichen Polizeiamt Strafverfügungen erhalten, worauf sämmtliche Betheiligten gerichtliche Entscheidung beantragt haben. Also ein regelrechter „Schulstreik". — In Bremen verbrannte ein 3jähriges Mädchen, dessen Kleider Feuer gefangen hatten. — Der Fischdampfer „St. Johann" aus Geestemünde ist auf einer Islandreise wahrscheinlich mit seiner Besatzung untergegangen. — Bei einem Feuer in Steinkircher (Hannover) ist ein 82jähr. Bewohner, der sich nicht mehr retten konnte, verbrannt.

Altona. Die geimpften Gerichtspersonen. Das Altonaer Krankenhaus ist wegen der dort vorgekommenen Pockenansteckungen abgesperrt und ein Jeder, welcher das Krankenhaus verläßt, wird geimpft. Mittwoch besuchte in amtlicher Eigenschaft der Untersuchungsrichter im Falle Cekulla zwecks Vernehmung der gestochenen Kinder in Begleitung eines Sekretärs das Krankenhaus. Als sie das Gebäude verlassen wollten, wurden sie angehalten mit der Frage, ob sie auch geimpft seien. Da dies nicht der Fall war, so wurden sie zurückgehalten, so sehr sie sich auch auf ihre amtliche Thätigkeit beriefen, und wurden geimpft, als Opfer ihres Berufes. Der Vorgang erregt natürlich in der hiesigen Bevölkerung viele Heiterkeit.

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Die bei der Inventur zurückgesetzten Waaren kommen zu **noch nie dagewesenen billigen Preisen** zum Verkauf, teils zu und unter Einkaufspreisen!

Bitte meine Schaufenster zu beachten! **Bitte meine Schaufenster zu beachten!**

3000 Teller, tief und flach, ... jetzt nur **8** Pfg.
1000 Vorrathtonnen, blau, früher 50 Pfg., jetzt **20** Pf.
300 Metzen, blau, ... jetzt nur **35** Pfg.
200 Vorrathtonnen, echt Porzellan, weiß, nur **35** Pfg.
500 Gewürztönnchen „ „ „ **15** Pfg.
500 Kaffeekannen, echt Porzellan . . . **25, 35, 45** Pfg.

200 Kartoffelschüsseln mit Deckel, echt Porzellan, nur **1,30**
500 Milchtöpfe, echt Porzell., recht groß, **10, 18, 25** Pf.
100 Kuchenteller, dekorirt, ... statt 60 **35** Pfg
200 Zuckerdosen mit Deckel, echt Porzellan, nur **25** Pfg.
100 Butterdosen mit Deckel, echt Porzellan, nur **25** Pfg.
1000 Eierbecher, echt Porzellan, . 10 Stück nur **50** Pfg.

1000 Obertassen, echt Porzellan, Stück nur **5** u. **10** Pfg.
500 Tassen mit Untertassen, echt Porz., jetzt n. 4 St. **50** Pf.
200 Salatieren, echt Porzellan, . . . von **10** Pfg an
200 Bratenteller, echt Porz., sonst 35 40 80 120 Pf.
jetzt nur **25 30 60 80** „
500 Dessertteller, Porzellan mit Goldrand, 4 St. **50** Pf.

10 % Rabatt auf sämmtliche Tisch- und Hängelampen, Waschgarnituren, Kaffee- und Ess-Service.

500 Blumentöpfe, fein dek., statt 75 125 150
jetzt nur **60 95 110**
1000 Auftragebürsten . . . . . jetzt nur **4** Pfg.

500 Haarbesen (echte Borsten) . . statt 85 110 130
jetzt **60 75 100**
100 Handfeger „ „ . . . . Stück nur **30** Pfg

500 Emaille-Eimer, 28 Cent. . . . . nur **84** Pfg
100 Emaille-Wannen, sehr groß, statt 2,95 nur **2,00** Mk.
1000 Eß- und Theelöffel, jetzt Stück nur **3** und **7** Pfg

Lübeck Breitestraße 33 **Riesen-Bazar** **Lübeck Breitestraße 33**

Die billigen Preise

der in meinen 8 Schaufenstern ausgestellten Sachen verstehen sich nicht nur für zurückgesetzte, sondern auch für sämmtliche Artikel meines enormen Waarenlagers.

Grosser Räumungs-Ausverkauf.

Folgende Sachen werden spottbillig abgegeben:

Herren-Sommer-Paletots sonst 18 bis 27 Mk., jetzt **5** Mk.
Herren-Winter-Paletots sonst 18 Mk. jetzt **9** Mk.
Herren-Winter-Paletots sonst 27 Mk. jetzt **15** Mk.
Herren-Winter-Paletots sonst 36 Mk. jetzt **22** Mk.
Herren-Loden-Joppen jetzt 7,50 Mk. jetzt **3,50** Mk.
Herren-Anzüge: Buckskin sonst 18 Mk. jetzt **9** Mk.
Herren-Anzüge: Cheviot sonst 21 Mk. jetzt **14** Mk.
Herren-Anzüge: Kammgarn ff. sonst 36 Mk. jetzt **21** Mk.

Konfirmanden-Anzüge

in Kammgarn, Cheviot und Buckskin

sonst 12 Mk.	sonst 15 Mk.	sonst 18 Mk.	sonst 22 Mk.	sonst 25 Mk.
jetzt 7 Mk.	**jetzt 9 Mk.**	**jetzt 12 Mk.**	**jetzt 15 Mk.**	**jetzt 17 Mk.**

1 Posten Knaben-Anzüge für 3—10 jährig, jetzt **1,30** Mk.
1 Posten Knaben-Anzüge für 8—15 jährig, jetzt **2,50** Mk.
1 Posten Knaben-Mäntel und Paletots für **2** Mk. bis **5,00, 7,50** u. **9** Mk.

1 Posten Zwirn- und Buckskin-Hosen für Herren

sonst 4 Mk.	sonst 5,50 Mk.	sonst 7,50 Mk.	sonst 9,00 Mk.	12,00 Mk.	16,00 Mk.
jetzt 1,50 Mk.	**jetzt 2,30 Mk.**	**jetzt 3,25 Mk.**	**Buckskin u. Kammgarn 3,50 Mk.**		

Arbeitshosen in Zwirn, engl. Leder u. Buckskin, sehr stark
sonst 4,00 und 5,50 Mk., jetzt **1,50** und **2,30** Mk.

so lange der Vorrath reicht

Schuhwaaren zu ganz riesig billigen Preisen.

Herren-Zugstiefel von Mk. **3,75** an.
Herren-Schnürstiefel von Mk. **5,25** an.
Herren-Schnürschuhe von Mk. **4,00** an.
Herren-Zugschuhe von Mk. **4,50** an.
Damen-Knopfstiefel von Mk. **4,50** an.
Damen-Schnürschuhe von Mk. **2,50** an
Mädchen-Schnürstiefel, 31—35, von Mk. **3,50** an.
Knaben-Agraffen-Stiefel, 31—35, von Mk. **4,50** an.
Ein Posten **Herren-Hausschuhe** mit starker Ledersohle, Mk. **1,50** und **2,50**.
Ein Posten **Ballschuhe** Mk **1,50**.
Lackschuhe mit Spange Mk. **2,50** und **3,50**.
Ein Posten **Kinderschuhe u. Stiefel** von **25** Pfg. an.

Louis Levy, Klingenberg 5 und Marlesgrube 2 und 4.

Wir senden unserm Vater **F. Baumgarten** die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Geburtstage.
Johanna. Hans. Otto.

Ein Logis zu vermiethen
Alistraße 39.

---

2 elegante Damen-Masken-Anzüge zu vermiethen oder zu verkaufen
Fischergrube 81, 2 Et., n. h

Zwei neue Betten umständehalber sehr billig zu verkaufen.
Kleine Gröpelgrube 9, 2. Etg.

---

10 Zentner große Futterkartoffeln
Ztr. 2 Mk. hat abzugeben Frau A. Sievers Ww.,
Seeretzer Mühle bei Schwartau.

Empfehle meine
Stepperei mit Sohlenausschnitt
Eduard Teuteberg, Untertrave 89,
zwischen Beckergrube und Wenghraße

Carl Evers
Schlumacherstr. 1. = Wahmstr. 22.
Baisers u. Windbeutel
mit Schlagsahne.

Morgen Sonnabend
— letzter Tag —
meines
Inventur-Ausverkauf
Um zu räumen,
verkaufe alle noch vorräthigen Artikel, bei der Inventur zurückgesetzt,
zu Schleuderpreisen.
U. A.:
1 Posten Feder-Boas, anstatt 2—3 Mk., Stück **50** Pfg.
1 Posten Korsetts, anstatt 1,75—2,50 Mk., Stück **1,20** Mk.
1 Posten Damen-Hosen, anstatt 1,— Mk., Stück **50** Pfg
1 Posten Reste unglaublich billig.
Harry Dahm
Königstr. 91. Ecke Wahmstr.
Filiale: Schönkampstraße 6.

Prima Schweinefleisch	65 Pfg.
Prima Rindfleisch	50 Pfg.
Prima Hammelfleisch	50 Pfg.
Kalbfleisch	50 Pfg.
Gehacktes	70 Pfg.

Fr. Möller, Wakenitzmauer 86
bei der Großen Gröpelgrube.

Männer- u. Frauen-Sterbekasse „Amicitia."

General-Versammlung
am Sonnabend den 31. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahr 1902.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Fortsetzung unseres
Inventur-Ausverkauf.
Reste! Reste! Reste!
von schwarzen und farbigen Kleiderstoffen, Schürzenstoffen, Handtüchern, Hemdentuch, Lakenleinen, Gardinen, Bettbezügen.
Ein Posten **Herren-Anzüge 10—27 Mk.**
Ein Posten **Arbeitshosen** von **1.40 Mk.** an.
Ein Posten **Arbeitshemden** von **70 Pfg.** an.
Bahr & Umlandt, Breitestraße 31.

Fortsetzung meines
Inventur- u. Reste-Ausverkaufs.
Sämmtliche Manufakturwaaren, Schirme, Wäsche, Schürzen, Shlipse, Unterzeuge, Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben, Betten und Aussteuer-Artikel
zu fabelhaft billigen Preisen.
Reste
in **Kleiderstoffen, Hauskleiderstoffen, Handtuchdrellen** 2c.
enorm billig.
Wilh. Bartelt
— 25 Breitestraße 25, gegenüber der Beckergrube. —
Beachten Sie bitte meine Fenster.

In ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von **G. Birk & Co.,** München, Wittelsbacherplatz 2:
Der Fall Krupp
Sein Verlauf und seine Folgen.
Eine Thatsachensammlung von ***. Preis 50 Pfg.
Bestellungen auf diese sensationelle, auf **Thatsachen** beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegen genommen.

---

ff. Kopffleisch
Leberwurst Stck. 10 Pfg.
Brodwurst Stck. 10 Pfg.
sowie jeden Sonnabend:
Warme Knackwurst
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hüxstraße 88

Glas, Porzellan, Marmor wird sauber reparirt **W. Niemann,** Porzellan-Maler, **Eisenbrook 10/11.**

Circus Variété
Wiedereröffnung
Sonntag den 1. Februar.
Pertina, Rösser, Kaiser, Nelky, Deprient-Trio, Bergé, Serra, Francardi sind alles Schlager unserer ersten Variété-Bühnen.

Wer billig
und doch
gut kaufen will
der gehe zu
Otto Burckhardt
Beckergrube 24
gegenüber der Markthalle.
Empfehle
Käse.
Prima Schweizer per Pfd. 78 Pf.
Hochf. **Edamer** per. Pfd. 78 Pf.
ff. Limburger per Pfund 38 Pf.
halbfett Tilsiter per Pfd. 38 Pf.
sowie viele andere Sorten.

Conserven.
Schnittbohnen 2 Pfund-Dose **27** und **30** Pf.
Erbsen, mittelf., 2 Pfd.-Dos. **58** Pf.
Stangen-Spargel 1 Pfd.-D. **58**

Wieder eingetroffen:
ges. **Carbonade,** ohne Knochen, Pfund **70** Pf.
ger. **do.** do. Pfund **80** Pf.
Vorderschinken, 3—6 Pfd. schwer per Pfund **70** Pf.
fetten Speck per Pfd. **80** Pf.
Leberwurst per Pfd. **60** u. **40** Pf.
Braunschweiger pr. **60** u. **48** Pf.

Margarine
nur beste und stets frische Waare.
Auf alle Waaren Rabatt.
Neu! Neu!
Lehrreiche Geschichtsbücher für Kinder
erhält jeder Kunde **gratis.**
Otto Burckhardt
Beckergrube 24.
NB. Kolonialwaaren staunend billig.

Sparklub „Alles da".

General-Versammlung
am Sonntag den 1. Februar
im Lokale **Rosemann, „Polierkrug."**

Stadt-Theater.
Sonnabend den 31. Januar, 7½ Uhr.
Schüler- u. Volksvorstellung bei ermäß. Preisen.
Fra Diavolo.
Komische Oper in 3 Akten von Auber
Sonntag Nachm.: Bei ermäßigten Preisen: **Alt-Heidelberg.** Abds 7½ Uhr: **Der fliegende Holländer.** Montag: **Zopf und Schwert.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 26. Sonnabend, den 31. Januar 1903. 10. Jahrgang.

Arbeiterstreik und Aerztestreik.

Leichten Herzens wirft der unkundige Zeitungsleser vielfach den Aerztestreik mit dem Arbeiterstreik zusammen. Ein Arbeiterstreik schaltet durchweg nur eine Gruppe von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß aus, und er bringt dadurch eine Anzahl Betriebe zum Stillstand. Das Wohlsein und die Gesundheit beträchtlicher Bestandtheile der bürgerlichen Gesellschaft wird durch den normal verlaufenen Arbeiterstreik nicht erschüttert. Der Streik führt nur unter Umständen eine Beschneidung des Unternehmergewinnes herbei.

Der Unterschied zwischen einem typisch verlaufenden Arbeiterstreik und einem „Aerztestreik" wird grell durch die Vorgänge beleuchtet, die soeben vom ärztlichen Kriegsschauplatz in Gera bekannt werden. Wir lesen in der Tagespresse: Ein Mitglied der Geraer Textil-Betriebskrankenkasse erlitt in der Fabrik einen schweren Unfall. Der Unternehmer schickte den Mann zu einem Kassenarzte mit der Anweisung, die Behandlung auf seine, des Unternehmers, Kosten zu übernehmen. Der Arzt lehnte das ab und schickte den eines Verbandes dringend bedürfenden Mann fort.

Bezeichnender Weise lehnt sich in Gera selbst ein Arzt gegen den Aerztestreik aus Gründen einer geläuterten sozialen Moral auf. Er theilt in der Zeitung mit, daß er den Mitgliedern der Betriebskrankenkasse ärztliche Hilfe leisten wird, weil er es für unzulässig hält, daß Aerzte oder eine Korporation durch eine plötzliche, Leben und Gesundheit von Kranken gefährdende Handlungsweise sich Vortheile zu erringen suchen.

In der ärztlichen Kampfeslitteratur wird vielfach die Stellung des Arztes gegenüber der Krankenkasse vollkommen identifizirt mit der Stellung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer. Eigenartige soziale und wirthschaftliche Anschauungen, die aus der industriellen Welt geschöpft sind, werden rein mechanisch auf die Krankenkassen-Verhältnisse übertragen. In der heutigen Privatwirthschaftsordnung produzirt der Unternehmer, um sich zu bereichern, und kein vernünftiger Sozialpolitiker wird ihm, so lange diese Ordnung existirt, aus diesem geschäftlichen Gebahren einen persönlichen Vorwurf machen. Eine kapitalistische Unternehmung muß bei der heutigen Struktur der Wirthschaft ein Gewinn abwerfendes Unternehmen sein.

Eine Krankenkasse ist nun kein Profite heckendes Institut. Ihr Zweck ist ein sozial-hygienischer: die Erhaltung der Gesundheit der unbemittelten Klassen. Eine Krankenkasse schafft keine neuen wirthschaftlichen Werthe wie ein kapitalistisches Unternehmen. Sie vertheilt nur bereits geschaffene, von den Unternehmern und Arbeitern aufgebrachte Werthe.

Mit diesen volkswirthschaftlichen Betrachtungen denken wir nur die verwirrenden Vorstellungen zu beseitigen, die sich in vielen Köpfen durch eine ganz unkritische Uebertragung bestimmter sozialpolitischer Anschauungen auf die Krankenkassenverhältnisse förmlich eingebohrt haben. Wenn ein Gegensatz zwischen einer Berufsgruppe und einem öffentlich-rechtlichen Wohlfahrtsinstitut existirt, so braucht sich dieser Gegensatz noch nicht zu decken mit dem Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Eine Krankenkasse ist keine kapitalistische Unternehmung. und ein Arzt ist kein moderner Lohnarbeiter, der meist mit nur ganz minimalen Kenntnissen ausgerüstet ist und über keine Produktionsinstrumente verfügt.

Der Unternehmer erleidet vielfach keinen besonderen Verlust an seinem materiellen Wohlbefinden, wenn sein Unternehmergewinn durch einen Arbeiterstreik gekürzt wird. Ganze Bevölkerungsklassen werden aber unter Umständen dem Tode überliefert, wenn die Aerzteschaft eines ganzen Bezirks ihre ärztliche Hilfe einstellt.

Die Aerzte vereinigen sich heute, sie suchen ihre Lebenshaltung zu verbessern; das ist in der heutigen Wirthschaftsordnung ihr gutes Recht. Sie spielen die Macht ihrer Organisation gegen die Krankenkassen aus. Die Kassen, die mit den Groschen der proletarischen Massen wirthschaften müssen, die Sachwalter über die Gesundheit dieser Massen sind, haben sich stets die Frage vorzulegen: Schränkt eine Mehrausgabe an ärztlichen Honoraren nicht etwa gewisse Kassenleistungen ein, die gerade im Interesse der Wiederherstellung der Arbeitskraft der Massen geboten sind? Wollen denn die Kassen etwa, das mögen sich doch die Herren Aerzte sagen, Unternehmergewinne aus niedrigen ärztlichen Honoraren herausschlagen, oder suchen sie diese Herren nur deshalb niederzuhalten, weil sie durch die traurigen sozialen Verhältnisse ihrer Mitglieder zu hohen Aufwendungen für Heilmittel, Krankengelder usw. gezwungen sind.

Wir sind unzweifelhaft in eine Aera des Kampfes zwischen den Aerzten und den Krankenkassen eingetreten. Diese Kämpfe werden schließlich den sozialen Unsinn zum Bewußtsein des ganzen Volkes bringen, daß die Krankenkassen als Profitinstitute und die Aerzte als Lohnarbeiter betrachtet werden. Die Krankenkassen sind große sozialhygienische Einrichtungen zur Hebung der Volksgesundheit. Wollen sie diesen großen Zweck recht erfüllen, so muß in ihren Dienst eine gut honorirte beamtete Aerzteschaft gestellt werden und nicht etwa ein sozial schlecht gestellter, korrumpirter Aerztestand. Die Krankenkassen können aber nicht wegen der proletarischen Verhältnisse ihrer Mitglieder eine Neuorganisation des ärztlichen Standes in die Wege leiten. Das kann nur der Staat. Er ist allein im Stande, ein wohl geschultes, sozial gut situirtes ärztliches Beamtenthum zu schaffen. Dann wird auch nicht mehr der unheilvolle Gegensatz zwischen dem sozialen Institut der Krankenkasse und einem privatwirthschaftlichen Aerztestand bestehen. („Deutsche Krankenkassenzeitung").

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Arbeiter der Faßfabrik von Ihlenburg u. Krüger in Oderberg i. d. M. haben am 21. Januar einmüthig wegen schlechter Behandlung und zu geringer Akkordpreise die Arbeit eingestellt. Zuzug von Böttchern und Schneidemüllern ist streng fernzuhalten. — In der Luxusmöbelfabrik von Wetzig in Döbeln bei Leipzig sind Differenzen ausgebrochen, weil die Arbeiter sich keine Lohnherabsetzung gefallen lassen wollen. — Die Graveure und Ziseleure in Annaberg-Buchholz (Erzgebirge) sind am Montag in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Ausstand bei E. J. Post in Köln-Ehrenfeld ist durch einen Schiedsspruch des Einigungsamtes, den sowohl die Firma wie die Arbeiter anerkannt haben, beendet worden. Die Akkordlöhne werden um 7 bis 8 Proz. erhöht, die Organisation der Arbeiter wird anerkannt und ein neuer Arbeiterausschuß gewählt. Der Betrieb ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. — In den Buchdruckereien von Georgi und Stercken in Aachen ist ein Streik der Buchdruckergehülfen ausgebrochen, weil die Prinzipale sich weigern, sich der Tarifgemeinschaft anzuschließen und die Lohnzuschläge der Tarifgemeinschaft zu zahlen. — In den Adler-Fahrradwerken zu Frankfurt a. M. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Eine Kommission, welche mit der Direktion wegen der schlechten Behandlung seitens des Meisters und um Lohnaufbesserung verhandeln wollte, wurde gemaßregelt. Die betheiligten Kollegen erklärten sich solidarisch und haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, den Zuzug von Schlossern und Drehern nach Frankfurt a. M. strengstens fernzuhalten. — Die Schriftgießer in Offenbach haben ihren Arbeitgebern Forderungen eingereicht auf Einführung einer Arbeitszeit von 8½ Stunden, Gewährung eines Minimallohnes von 27,50 Mk. und Durchführung einer Lehrlingsskala. — Seit acht Tagen befinden sich 21 Former der Firma Chr. Laißle, Gießerei und Maschinenfabrik in Reutlingen, wegen Kontraktbruchs im Streik. — Die ausständigen Konfektionsschneider in Wien beschlossen, bei denjenigen Großkonfektionären, die dem vereinbarten Lohntarif beitreten, vom Ausstand zurückzutreten. Bisher verpflichteten sich 26 Herrenkleiderkonfektionäre auf den vereinbarten Lohntarif. Bei diesen Firmen sind dreiviertel der gesammten Arbeiterschaft der Konfektionsbranche beschäftigt.

Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes beantragt die Erhöhung des Beitrags. Aus einer Aufstellung im „Fachgenossen" geht hervor, daß im Jahre 1902 nur 71 255,60 Mark an Beiträgen eingenommen, dagegen 72 511,80 Mark ausgegeben wurden. Für die Mitglieder (391) der niedrigsten (15 Pfg. pro Woche) Beitragsklasse mußten allein an Arbeitslosenunterstützung 234,65 Mk. mehr ausgegeben werden, als an Beiträgen von diesen Mitgliedern einging. Insgesammt belief sich die Ausgabe auf 11,46 Mark pro Mitglied, so daß erst bei 25 Pfg. Beitrag ein geringer Ueberschuß verblieb.

Die Beseitigung der Heimarbeit in der Militäreffekten-Industrie streben die Militäreffekten-Sattler Deutschlands an und haben zur Erreichung dieses Ziels den deutschen Kriegsministerien, den Regierungen derjenigen Bundesstaaten, die kein eigenes Kriegsministerium besitzen, und den Bekleidungsämtern in einer Eingabe folgende Bitte unterbreitet: Um die in der Militäreffekten-Industrie vorhandene Heimarbeit zu beseitigen, möge in die Verträge mit Firmen, die Militärarbeit übernehmen, folgende Bestimmung aufgenommen werden: Der Unternehmer ist verpflichtet, die übernommene Arbeit in eigener Werkstätte herzustellen. Das Weitergeben derselben an Zwischenmeister und Heimarbeiter ist untersagt. Ferner wird gebeten, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, in die von ihnen abzuschließenden Verträge dieselbe Bestimmung aufzunehmen. Der Eingabe ist eine ausführlich begründete Denkschrift beigegeben.

Ein Verband der polnisch-katholischen Arbeiter der Provinz Brandenburg, mit dem Sitze in Berlin, ist soeben ins Leben gerufen worden. Zweck des Verbandes, dem sich bereits 8 polnische Arbeitervereine angeschlossen haben, ist die Verbesserung der materiellen Lage und die Unterstützung der Mitglieder unter Wahrung der polnisch-nationalen und katholisch-religiösen Grundsätze. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Theodor Bloch in Berlin gewählt. — Warum diese Zersplitterung, die doch nur den Ausbeutern zu Gute kommt?

Die Neuerrichtung von Gewerbegerichten, soweit sie durch das Gewerbegerichts-Gesetz in der neuen Fassung vom 30. Juni 1901 vorgeschrieben ist, hat sich zwar nur langsam, aber doch bis zu annähernder Vollständigkeit vollzogen. Voraussichtlich wird Mitte dieses Jahres die Durchführung der neuen Vorschrift über die Errichtung von Gewerbegerichten in allen Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern vollendet sein.

Die famose Klage der Berliner Bäckerinnung gegen den Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz, von der wir bereits kurz unter „Kl. polit. Nachrichten" berichteten, hat eine Vorgeschichte, die die naive Ueberhebung der Unternehmerklasse so wundervoll deutlich macht. Der Vorstand der Bäckerinnung hatte den heiteren Einfall, sich an das Berliner Gewerbegericht wegen Ueberlassung des Materials zu wenden, das anläßlich einer Erhebung über die Zustände in den Berliner Bäckereien zusammengebracht worden war. Auf dieses Gesuch ist dem Vorstande nachstehender Bescheid zugegangen: „Dem Antrage vom 7. d. M. auf leihweise Ueberlassung unseres Materials, betreffend Unsauberkeiten in Berliner Bäckereien, Folge zu geben, müssen wir ablehnen. Der Vorstand der Bäckerinnung, also einer privaten Vereinigung, glaubt für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, die von unserem Ausschusse für Gutachten und Anträge bezüglich gewerblicher Fragen amtlich festgestellten Ergebnisse zu prüfen. Der Vorstand scheint bei dieser Zumuthung übersehen zu haben, daß der Ausschuß auf Grund

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Was beliebt nun?" fragte Alfred von Kronack kalt.

„Herr Assessor, ich bin im Besitze eines Geheimnisses, für dessen Bewahrung mir Ihr Onkel wahrscheinlich nicht nur den Diebstahl verzeihen, sondern sogar noch eine erhebliche Summe bezahlen würde."

„Wirklich? Und Sie hätten noch keine Schritte gethan, sich das Schweigegeld meines Onkels zu verschaffen?"

„Ich konnte nicht, weil mein Geheimniß noch nicht ganz reif war — nun aber bin ich gern bereit, es für meine Freiheit hin zu geben — lassen Sie mich entfliehen, oder mein erstes ist, es der Polizei mitzutheilen. Die Folgen würden für Ihren Onkel verhängnißvoll sein."

Alfred schüttelte abwehrend den Kopf.

„Sie phantasiren, Mann — glauben Sie, mich durch einige leere Worte zu erschrecken?"

„Sie glauben mir nicht? So vernehmen Sie denn —"

Langewaldt beugte sich zu dem Assessor hinüber und flüsterte ihm mit leiser Stimme etwas in's Ohr. Der Assessor fuhr wie vom Schlage getroffen zurück — sein Gesicht erbleichte, seine Lippen bebten, als er dem Redner ein halblautes „Unmöglich" entgegen schleuderte.

„Es ist die völlige Wahrheit," beharrte der Gebundene ernsthaft. „Nun sehen Sie wohl ein, daß Ihnen nur die Wahl bleibt, mich frei zu lassen, oder —"

„Nein, mir bleibt keine Wahl," rief der Assessor, erregt aufspringend und die Hand auf das heftig klopfende Herz pressend. „Schurke, der Sie sind — und Sie haben nicht sofort den Mund aufgethan und der Wahrheit die Ehre gegeben?"

Der Verbrecher ließ ein spöttisches Gelächter hören.

„Mein eigenes Interesse verbot mir das — ich werde nicht so ein Narr sein, mich selbst den Behörden in die Arme zu liefern. Außerdem — was ging mich die Sache an?"

Er schien seines Erfolges nunmehr sicher und blickte seinen Transporteur gelassen an.

„Entscheiden Sie sich rasch — sonst könnte ich mir es anders überlegen."

„Es ist schon entschieden," donnerte Kronack ihn an. „Thun Sie, was Sie nicht lassen können — oder vielmehr Sie müssen nun sprechen, mögen Sie wollen oder nicht — ich selbst werde dafür sorgen!"

„Sie wollen Ihren Onkel opfern?" Mich dem Polizeikommissar überantworten?" fragte er.

„Das will ich."

Der Gefangene stieß eine wilde Verwünschung aus. „Ich werde mich rächen," schrie er, blau vor Wuth. „Sie werden Ihre That bitter bereuen!"

„Meinetwegen."

Der Assessor rief seinen Freund zurück, der Wagen fuhr weiter. Nach etwa einer Viertelstunde begegnete man dem Automobil des Kommissars und Arvarys, welche mit vieler Mühe der Spur bis hierher gefolgt waren. Der Graf vernahm mit anerkennenswerthem Stoicismus die Nachricht von dem Verluste seines Fahrzeuges; Kommissar Allmers stieß einen Jubelruf aus, als er des gebundenen Verbrechers ansichtig ward.

„Ist er noch im Besitze des Geldes?" fragte er besorgt.

„Hier ist es."

„So ist alles gut. Es war doch eine vorzügliche Idee von mir, Herr Graf, Sie heute Morgen doch noch zur Aufnahme der Verfolgung zu veranlassen. Ich kalkulirte nämlich so, meine Herren: Ingenieur Langewaldt ist ein außergewöhnlich raffinirter Schurke. Er weiß genau, daß die Mittheilung von dem Diebstahl und der Entführung des Motorwagens überallhin depeschirt wird; trotz der Schnelligkeit des Phaeton fühlt er sich daher darin gar nicht allzu sicher. Er wird deshalb auf den Gedanken kommen, dem Zuge der Wett- und Touristenfahrer, wenn auch nur als Nachzügler zu folgen, weil er da gewiß sein kann, die Grenze unbehelligt zu erreichen, denn jedermann hält ihn für zu den Fahrern gehörig und Niemand fällt es ein, den Verbrecher bei denen zu suchen, die er gerade am meisten zu scheuen Ursache hätten. Meine Kombination hat sich als richtig herausgestellt — dessenungeachtet sind Sie, meine Herren, die eigentlichen Ergreifer des Diebes und Sie allein haben Anspruch auf die von dem Bestohlenen ausgesetzte Belohnung von fünfhundert Mark."

„Wir verzichten darauf zu Ihrem und Ihrer Beamten Gunsten", erklärte der Assessor für sich und seinen Freund."

„Ich danke Ihnen", erwiderte erfreut der Polizeibeamte. „Ich werde nicht verfehlen, meiner vorgesetzten Behörde über Ihre muthige Handlungsweise Bericht zu erstatten."

„Und ich", resolvirte der Assessor, „begleite Sie nach Berlin — dieser Mensch ist im Besitze eines wichtigen Geheimnisses, das man ihm sofort in vollem Umfange entreißen muß."

Eine halbe Stunde später trafen die Automobilisten mit ihrem Gefangenen glücklich in Dresden ein.

8.

Staatsanwalt Hoffmann durchmaß mit großen Schritten sein Bureau; seitwärts auf einem Stuhle saß Regierungs-Assessor von Kronack, der eben erst in der Hauptstadt eingetroffen war und dem Staatsanwalt über seine Abenteuer Bericht erstattete.

Hoffmann schüttelte nur immer den Kopf, seine auf dem Rücken verschlungenen Hände bekundeten durch ihre fieberhaften Bewegungen seine starke seelische Alteration.

„U denkbar, undenkbar", brach er endlich los, indem er vor Alfred anhielt und den jungen Mann mit zusammengezogenen Brauen betrachtete. „Das ist nur ein schlaues Ma-

des Gewerbegerichtsgesetzes und der ortsstatutarischen Vorschriften von den Beisitzern unseres Gerichts gewählt ist und aus zehn Arbeitgeber- und zehn Arbeitnehmer-Beisitzern desselben besteht, dem Gewerbegericht also organisch angegliedert und ein Theil einer Behörde ist." Die Berliner Bäckerinnung „Germania" hat vergessen, daß sie kein Zentralverband deutscher Industrieller ist.

Zurück in die deutsche Freiheit. Am Sonntag ist der Redakteur des „Vorwärts", Robert Schmidt, aus der Strafanstalt Plötzensee, wo er eine ihm wegen Veröffentlichung der Hunnenbriefe zuerkannte Gefängnißstrafe von 6 Monaten verbüßt hatte, entlassen worden. Eine große Begrüßungsfeier mit Ansprachen war veranstaltet, bei welcher der Gefeierte auf seinem Ehrenplatze unter Blumen fast verschwand.

Opfer des französischen Bergarbeiterstreiks. Das Komitee des Loiregebiets erließ einen Aufruf zur Unterstützung der Opfer des Streiks. Die Unternehmer haben zwar durch Vertrag Frieden geschlossen, aber wie gewöhnlich sind eine ganze Anzahl Bergleute gemaßregelt worden. Dazu kommen gegen 300 Bergleute von Bouxhors, die durch die Betriebseinstellung der dortigen Gruben brotlos geworden sind.

Ein Kongreß der Reisarbeiterorganisation der Provinz Bologna fand kürzlich in Bologna statt. Erschienen waren 60 Vertreter von Lokalvereinigungen. Die wesentlichsten Beschlüsse des Kongresses sind: Die vorgelegten neuen Tarife werden anerkannt und es wird den einzelnen Lokalorganisationen überlassen, den geeigneten Zeitpunkt zu wählen, dieselben den Grundbesitzern zu unterbreiten. Es ist den Reisarbeitern untersagt, einzeln Kontrakte abzuschließen; dies soll für die Zukunft nur durch die Organisation gestattet sein.

Kapitalistische Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Braunschweigische Polizeidirektion gab der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt auf, 180 000 Mark im Betriebe steckende Gelder der Arbeiter-Pensionskasse binnen 14 Tagen mündelsicher anzulegen. Das von der Maschinenbauanstalt hierauf angerufene Verwaltungsgericht erklärte sich unzuständig. Das Einschreiten der Polizei geschah erst auf Drängen der Arbeiter. Natürlich hatte die Direktion das Geld verbraucht! Um das Geld jetzt zu erhalten, werden die Aktionäre um 33⅓ Proz. Nachzahlung ersucht. — Es ist natürlich leicht, mit fremdem Gelde einen Betrieb zu erhalten. Das trägt einmal gute Zinsen und mit der „Pensionskasse für Arbeiter" wird obendrein als einer „Wohlfahrtseinrichtung" (siehe Krupp!) renommirt. So lohnt sich das „Wohlthun" doppelt. Wir sind überzeugt, daß es in manchem Betriebe hapern würde, wenn die Mittel dieser „Wohlthätigkeits"-Einrichtungen flüssig gemacht werden sollten. Viele Unternehmer sehen zweifellos diese Pensionskassen als ihre „Reservefonds" an, die zu kritischen Zeiten vor Angriffen nicht sicher sind.

Der Achtstundentag in den französischen Marinewerkstätten. Die Verordnung des Marineministers Pelletan, wonach in den Marinewerkstätten in Zukunft nur noch 8 Stunden pro Tag gearbeitet wird, ist den Privatindustriellen sehr unangenehm und die Verordnung wird in der kapitalistischen Presse Frankreichs durchweg absprechend kritisirt. Die Industriellen befürchten mit Recht, daß, sobald der Achtstundentag in den Staatswerkstätten eingeführt ist und sich darin bewährt hat, es auf dieser „schiefen Ebene" immer weiter abwärts gehen werde. Auch die Admirale und sonstigen hohen Beamten der Arsenale scheinen über die Neuerung nicht sehr erfreut zu sein; es ist das an verschiedenen vexatorischen Maßnahmen, die sie getroffen haben, zu erkennen. So hatten die Direktoren der Arsenale von Cherbourg und Brest die Bestimmung getroffen, daß am Vormittag 3 und am Nachmittag 5 Stunden gearbeitet werden sollte. Damit sind jedoch die Arbeiter nicht einverstanden, sie verlangen die Eintheilung der Arbeitszeit in zwei gleiche Hälften von je 4 Stunden. In Cherbourg, Brest und Toulon haben große Manifestationen stattgefunden, wobei die Arbeiter dem Minister für die Einführung des Achtstundentages ihren Dank aussprechen, sich aber mißbilligend gegen die Maßnahmen der Direktionen wenden.

Die „Landstreicherei" und das württembergische Ministerium. Vor einigen Wochen wurde vom Oberamt Heilbronn einem reisenden Buchdrucker (Verbandsmitglied) eine Haftstrafe wegen „Landstreicherei" zudiktirt, trotzdem der Betreffende noch auf 60 Tage eine Unterstützung von 1 Mk. pro Tag zu beziehen hatte. Der württembergische Gauvorstand des Buchdruckerverbandes wandte sich mit einer Beschwerdeschrift an das Ministerium, um eine generelle Anweisung desselben an die ihm unterstellten Oberämter zu erreichen, wonach die Mitglieder des Verbandes, die einen statutarischen Unterstützungsbezug nachzuweisen in der Lage sind, nicht mehr als „Landstreicher" betrachtet und behandelt werden sollten. Dies Verlangen hat das Ministerium abgelehnt. Das Ablehungsschreiben ist so interessant, daß wir es wörtlich mittheilen wollen. Hier ist es: „Das Ministerium verkennt nicht, daß der Rückgang der Konjunktur in manchen Gewerbszweigen vielen Gewerbegehilfen und Fabrikarbeitern die Erlangung von Arbeit, auch wo diese ernsthaft angestrebt wird, erschwert, und daß es Aufgabe der Oberämter ist, bei der Prüfung der Frage, ob eine ihnen vorgeführte Person der Landstreicherei sich schuldig gemacht habe, jenen Umstand ebenso zu würdigen, wie den weiteren Umstand, ob der Vorgeführte etwa als Mitglied eines gewerkschaftlichen oder sonstigen Verbandes einen gesicherten und realisirbaren Anspruch auf Unterstützung hat, der die Annahme seiner Mittellosigkeit ausschließt. Zu einem allgemeinen, die Oberämter auf diese Gesichtspunkte hinweisenden Ausschreiben scheint aber, zumal diese Behörden nicht endgültig über das Vorliegen einer Uebertretung der Landstreicherei zu entscheiden haben, ein ausreichender Grund nicht vorzuliegen und insbesondere auch aus dem im Schreiben des Gauvereins Württemberg angeführten Falle sich nicht zu ergeben. Denn in diesem Falle hat das königliche Oberamt Heilbronn, obwohl es anerkannte, daß der Buchdrucker John jeweils vom Verbande Deutscher Buchdrucker an den einzelnen Orten, wo sich Druckereien und Unterstützungskassen befinden, Unterstützungen finden werde, Landstreicherei aus dem Grunde als vorliegend angenommen, weil es als erwiesen betrachtet, daß der Betreffende über sieben Monate, ohne irgendwie zu arbeiten, nur von Unterstützungen gelebt habe und es demselben gar nicht ernstlich um Arbeit zu thun gewesen sei." — Statt den Gewerkschaften dankbar zu sein, daß sie die Opfer unserer herrlichen kapitalistischen Wirthschaftsweise unterstützen und über Wasser halten, was ja eigentlich die verdammte Pflicht der Gesellschaft wäre, bekämpft man durch solche Erlasse geradezu die sozial-wohlthätig wirkenden Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Schneider Kellmann aus Bischofsstein wurde wegen in Worms verübter Majestätsbeleidigung zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die gesicherte Existenz der Arbeiter. Um eine Unterkunft im Krankenhause zu erhalten, wollte sich ein arbeitsloser Handwerksgeselle in Halberstadt unter einen Lastwagen werfen, um sich überfahren zu lassen und so seinen Zweck zu erreichen. Der Kutscher hatte jedoch die Absicht des Verzweifelten bemerkt, hielt den Wagen noch rechtzeitig an und zog den Unglücklichen wieder hervor. — Wie groß muß die Verzweiflung eines Arbeiters sein, ehe er zu einem derartig grausigen Entschluß kommt!

Ein skandalöser Vorfall in Grimma fand dieser Tage vor dem Königl. Landgericht in Leipzig seinen Abschluß. In Grimma verstarb im Oktober 1902 eine Handschuhnäherin Deditius, und als Freundinnen der Verstorbenen diese noch einmal sehen wollten, fanden sie den Leichnam nackt im Sarge auf Hobelspähnen liegend und nur mit einem zerrissenen Rocke theilweise zugedeckt. Die Freundinnen hielten mit ihrem Unmuth über die Art der Beerdigung sogenannter „Armenleichen" nicht zurück, und so kam die Sache auch zur Kenntniß der Redaktion der „Volkszeitung für das Muldenthal", in welcher der Vorgang besprochen und Aufklärung gefordert wurde. Der Stadtrath von Grimma klagte gegen den Redakteur Genossen Schöpflin, da aber trotz der gegentheilig beschworenen Aussage der Leichenfrau die Mädchen ihre Angaben unter Eid aufrecht erhielten, erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, weil das von ihm Behauptete in der Hauptsache als wahr erwiesen sei.

Ein interessanter Prozeß steht der Stadt Bayreuth bevor. Vor kurzem war in der Fabrik des Herrn Hensel Feuer ausgebrochen. Ein städtischer Bediensteter hatte nun die Wasserleitung, anstatt sie auf Hochdruck zu stellen, abgestellt; Hensel erhebt Schadenersatzklage gegen die Stadt, da infolge des durch den Irrthum hervorgerufenen Wassermangels der Brand größere Ausdehnung angenommen habe. Dem Ausgang des Prozesses sieht man mit lebhaftem Interesse entgegen.

Der Oberamtsrichter als Dienstherr. Vor Schöffengericht Bamberg war, wie s. Zt. von uns gemeldet, im November v. J. der Redakteur Schmidt der „Bamb. Neuest. Nachr." wegen Beleidigung des Oberamtsrichters Reischel in Hollfeld zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Er hatte dem Oberamtsrichter vorgeworfen, daß er sein Dienstmädchen, das im Hause der Dienstherrschaft von einer Geburt überrascht wurde, menschenunwürdig behandelt habe. Insbesondere war behauptet worden, daß Reischel resp. dessen Frau bei der Geburt die Abgabe warmen Wassers verweigert und die Wöchnerin schon am Tage nach der Niederkunft auf einem Mistwagen aus dem Hause habe schaffen lassen. Gegen das Urtheil ergriff Schmidt Berufung und die Strafkammer des Landgerichts hob jetzt das erstrichterliche Urtheil auf, sprach Schmidt frei und überbürdete dem Oberamtsrichter alle Kosten. In der gleichen Sache schwebt noch gegen den Genossen Gärtner von der „Fränk. Tagespost" in Nürnberg ein Verfahren.

Ein Bild des Elends. In unserem tschechischen Bruderblatte, dem „Pravo Lidu" in Prag, lesen wir eine ergreifende Geschichte, die das Elend und die Verzweiflung hungernder Menschen deutlicher schildert, als endlose Reihen statistischer Zahlen. Der Großhändler B. in Prag ließ, obzwar er sehr reich ist, bei der größten Kälte im November v. J. aus Geiz in den Geschäftslokalitäten nicht heizen. Mit den Handlungsgehilfen und Kontorbeamten arbeitet in seinem Geschäfte auch sein eigener Sohn. Eines Tages war es so kalt, daß die Wasserleitung im Hause einfror und bei der Wasserleitung im Keller ein Feuer angebrannt werden mußte, damit diese wieder funktionire. Als der Sohn des Geschäftsmannes davon Nachricht bekam, begab er sich aus dem Kontor, wo er frierend arbeitete, in den Keller, um sich bei dem mit glühenden Holzkohlen gefüllten Korbe zu erwärmen. Aber durch die giftigen Kohlendünste wurde er betäubt und fiel ohnmächtig zu Boden. Unglücklicherweise fiel er mit dem Rücken auf eine glühende Kohle, die ihm ein ganzes Stück der Haut verbrannte. Erst nach längerer Zeit fanden ihn die Hausleute dort liegen. Die Wunde wollte sich nicht schließen. Der Arzt erklärte, es sei nur eine Hilfe möglich: wenn sich ein gesunder Mensch ein Stück Haut von seinem Körper ausschneiden ließe, um dieses auf die Wunde legen zu können. Der reiche Geizige wollte lange nicht einwilligen: selbstverständlich nicht aus Humanitätsrücksichten, sondern weil er seine eigene Haut nicht für den Sohn geben wollte und fürchtete, daß ein fremder Mensch auch wenn sich jemand zu solchem Dienste bereit finden würde, das nur für angemessene Belohnung thun werde. Endlich, als die Gefahr am größten war, ließ er sich bewegen und veröffentlichte in einem bürgerlichen Blatte das Inserat: Derjenige, der sich aus seinem gesunden Körper für Belohnung ein Stück gesunder Haut ausschneiden lassen wolle, solle sich bei ihm melden. Und es geschah, was niemand erwartete. Auf ein einziges kleines Inserat kamen 80 (achtzig!) Anerbietungen. Es fiel allen war bemerkt, daß der Schreiber sich nur aus dem Grunde anbiete, um seinen hungrigen Kindern Brod kaufen zu können. Und es waren keine hohen Preise, die diese unglücklichen Menschen für ihre Haut verlangten: Der eine schrieb sogar, er sei bereit, sich den ganzen Körper zerschneiden zu lassen, nur damit er seine Kinder vor dem Hungertode retten könne. Nur eine Ausnahme fand sich. Neben diesen Armen bot sich auch ein edler Arzt an: er sei aus bloßer Humanität und Interesse der ärzlichen Wissenschaft, ohne auf Belohnung Anspruch zu machen, bereit, mit seiner Haut dem Sohne zu helfen. Und der reiche, geizige Großhändler nahm dieses Anerbieten an. 79 arme Leute, die vielleicht schon ihrem Gott Dankgebete stammelten, daß ihnen in äußerster Noth die „Hilfe" sandte, wurden wieder enttäuscht!

Für die Entdeckung eines Heilmittels gegen die Schwindsucht beabsichtigt, wie der „Daily Telegraph" aus Chicago berichtet, Rockefeller 7 Millionen Dollars zu stiften.

---

növer von dem Kerl, der Sie zu düpiren versuchte, um von Ihrer Leichtgläubigkeit seine Freiheit zu erlangen!"

„Ich glaube es nicht, Herr Staatsanwalt. Mindestens muß er sofort vernommen werden und seine Aussage sorgfältig geprüft werden."

„Geschieht selbstverständlich — und doch — wie dürfen wir einem gewerbsmäßigen Betrüger und Dieb in einer so wichtigen Angelegenheit Vertrauen schenken?"

„Hat mein Onkel sein Zeugniß bereits beschworen?"

„Nein — die Hauptverhandlung soll aber in drei Tagen stattfinden."

„So ist es die höchste Zeit. Uebrigens ist Langewaldt, oder wie er sonst heißt, noch nicht wegen Meineides bestraft und ihm die Zeugenfähigkeit nicht abgesprochen."

„Immerhin — wenn Eid gegen Eid steht, müssen die Richter die Glaubwürdigkeit der Charaktere der Schwörenden nach bestem Wissen und Gewissen abwägen."

„Mir machte die Darstellung Langewaldt's den Eindruck vollster Glaubwürdigkeit. Was ich fürchte, ist nicht die Unwahrheit seiner Erzählung, sondern etwas anderes. Nachdem er sich in seiner Erwartung getäuscht gesehen, für sein Geheimniß seine Befreiung einzutauschen, wird er sich weigern, zu beichten, er wird alles für eine Erfindung angeblicher Verlegenheit erklären und seine Wissenschaft behalten, um vielleicht doch noch später Kapital aus ihr zu schlagen. Vor allem wird er das thun, wenn er denkt, daß ich, sein Verfolger und Gefangenwärter, an seinem Geständniß ein Interesse habe. Er haßt mich und hat mir Rache geschworen. Ich war in meinen Aeußerungen gegen ihn leider unvorsichtig, was kein Wunder ist, wenn Sie erwägen, wie sehr mich die plötzliche Eröffnung alterirt mußte. Vielleicht würde es daher besser sein, ihm zu sagen, ich hätte von vornherein seine etwaigen Enthüllungen für bloße Machinationen seiner Rachsucht erklärt; er wird dann glauben, daß ich beabsichtige, meinen Onkel zu retten und ihn a priori als Lügner hinzustellen."

„Sie meinen, das werde ihn reizen, mit der Sprache herauszurücken? Nicht übel kombinirt — ich werde verfahren, wie Sie wünschen."

„Wann wird das Verhör stattfinden?"

„Sofort — ich ertheile telephonisch Auftrag, mir Langewaldt zuzuführen."

„So werde ich mir erlauben, in zwei Stunden wieder nachzufragen."

„Ich bin gern bereit, Ihnen das Resultat zu künden, nur muß ich Sie bitten, nicht eher gegen Ihr Fräulein Braut und deren Angehörige davon Gebrauch zu machen, bis die Wahrheit völlig außer Zweifel steht."

Der Gefangene erschien vor dem Staatsanwalt mit einer Miene, in welcher sich der Zorn über das Mißlingen seines raffinirt ersonnenen Planes mit einer starken Portion Niedergeschlagenheit mischte.

Er war keineswegs ein unschöner Mann, ja, man konnte ihn interessant nennen. Kenntnißreich, intelligent, belesen, vermochte er wohl noch anderen Leuten als einem unerfahrenen jungen Mann den Kopf zu verdrehen; seine Ueberlegenheit und sein stechender Blick wirkten förmlich suggestiv auf die Menschen, mit denen er verkehrte. Heute entstellte ein Verband, den er um den Kopf trug, die gewöhnliche Wirkung seiner Persönlichkeit. Die tiefliegenden, unheimlichen Augen erschienen noch unheimlicher, die große Adlernase trat noch schärfer hervor.

„Sie sind schon auf der Polizei vernommen worden?" eröffnete der Staatsanwalt die Vernehmung.

„Jawohl — soeben."

„Sie haben, wie mir Polizeikommissar Allmers telephonisch mittheilte, den Diebstahl der Brieftasche Stäbels mit den 50 000 Mark, die Verleitung des jungen Menschen und den Diebstahl des Automobils und des Rin zugestanden?"

„Angesichts der gegen mich vorliegenden Beweise bl mir nichts weiter übrig."

Der Verbrecher warf diese Worte dem Staatsanwalt zynischer Frivolität ins Gesicht.

„Wegen anderer Strafthaten schwebt die Untersuch noch — es müssen erst Recherchen angestellt werden — läugnen alles, was Ihnen nicht sonnenklar bewiesen wer kann?"

Diesmal erwiderte der Gefangene, den zwei Polizi bewachten, nichts, er hatte keine Lust, sich eines noch so ringen Vortheils zu begeben.

„Sie sind der frühere Ingenieur und Techniker A Schmel?"

„Ja."

„Und nennen sich jetzt Langewaldt?"

„Ich bin so frei."

„Die Art und Weise, wie Sie Ihre Flucht bewerkstel haben, wird Sensation hervorrufen."

Der Verbrecher lächelte geschmeichelt.

„Noch zuletzt, als man Sie gefesselt und gebunden h machten Sie einen raffinirten Versuch zur Wiedererlang Ihrer Freiheit. Herr Assessor von Kronack hat mir e erzählt. Sie verleumdeten seinen Onkel, einen notori Ehrenmann, durch eine wahrhaft teuflisch ausgesonn Lüge —"

„Eine Lüge!" brauste der Verhaftete auf, während geblich-fahles Gesicht sich dunkelroth färbte.

„Allerdings — eine verleumderische Lüge — sollten wagen, dieselbe zu wiederholen, so bin ich mit dem H Assessor der Meinung, daß nur ein Akt niedriger Rach vorliegt, und daß man auf die Versicherung eines sol Mannes, wie Sie sind, keinerlei Gewicht zu legen brau

Der Gefangene athmete hörbar. (Fortsetzung folg

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.